Nachmittags-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen außer in der Expedition bei Krupski (C. H. Ulrici & Co.) Breitestraße 14; in Gnesen bei Herrn Th. Spindler, Markt- u. Friedrichstr.-Ecke 4, in Grätz bei Herrn L. Streisand; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Posener Zeitung.

Fünfundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Berlin, Hamburg, Wien, München, St. Gallen: Rudolph Mosse; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg Wien u. Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin: A. Retemeyer, Schloßplatz; in Breslau: Emil Kabath.

Nr. 332.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Donnerstag, 18. Juli

(Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum dreigespaltene Reklamen 5 Sgr., sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1872.

Thiers und die konservative Republik.

Am 12. ging es in der Versailler Nationalversammlung wieder einmal recht wild her. Die Debatte über einen völlig neutralen Gegenstand, die Besteuerung der Handelsumsätze, sprang plötzlich in ein hochpolitisches Fahrwasser über und wurde dem Präsidenten der Republik zur Veranlassung, sein politisches Programm zu entwickeln. Es hatte ihn Niemand darum gefragt und er hätte sich füglich mäßigen und die Kundgebung seiner Anschauungen über die Regierungsform bis auf das für den Schluß der Versammlung verheißene Exposé versparen können. Aber wie nun der alte Herr einmal ist, reizbar und hitzig, konnte er den Widerspruch der Rechten nicht vertragen, die ihm überhaupt in letzter Zeit so viel zu schaffen gegeben und so platzte er denn ganz unerwartet mit der Erklärung in die Versammluug hinein, daß, wenn er in Beziehung auf die Staatsform etwas thun könne, es zu Gunsten der konservativen Republik geschehen werde.

Diese Erklärung wurde das Signal zu einem unbeschreiblichen Tumult; die Linke klaschte sich die Hände wund, die Rechte brüllte ihre Proteste dazwischen. Was man aus dem Lärm heraushören konnte, war der Vorwurf, daß Thiers den Pakt von Bordeaux nicht einhalte, auf Grund dessen er zum Präsidenten der Republik erkoren worden sei.

Ist diese Anklage der Rechten begründet? Gewiß nicht. Der Pakt von Bordeaux, welcher bekanntlich vom 17. Februar 1871 datirt, bestimmt Nichts über die zukünftige Regierungsform in Frankreich. Die Entscheidung hierüber wird vielmehr vorbehalten, dahingegen verhieß Thiers zwei Tage später, am 19. Februar 1871 in seiner Antrittsrede, daß er zu allererst Frieden mit Deutschland schließen, die Ordnung wieder herstellen und den Staatskredit restituiren werde. Dann, nach Vollendung dieser Aufgaben, werde die Zeit gekommen sein, um an Verfassungsfragen zu denken; nicht aber die Abstimmung der Nationalversammlung, sondern der Wille des gesammten Volkes solle darüber zu entscheiden haben, welche Regierungsform für Frankreich die am meisten erwünschte sei.

Dies ist von Thiers bisher gehalten worden. Man muß anerkennen, daß er unter den Schwierigkeiten, mit welchen er zu kämpfen hat, Manches, was er bei seinem Antritte verhieß, verwirklicht hat. Auch dieses muß man zugeben, daß in den französischen Parteien noch lange nicht Klarheit genug herrscht, um schon jetzt den Tag gekommen zu wähnen, an welchem sie, sine ira et studio, lediglich von der Wohlfahrt des Landes geleitet, über die beste Regierungsform zu entscheiden vermögen.

Thiers selbst, den man lange für einen verkappten Orleanisten gehalten, scheint in dieser Hinsicht mannichfache Wandlungen durchgemacht zu haben und doch auch jetzt noch nicht zu einem definitiven Urtheil gelangt zu sein. Denn die Wendung „bisher hat die Vorsehung Frankreich unter der republikanischen Form erhalten" deutet keineswegs auf die durch Erfahrungen selbstgewonnene Ueberzeugung, daß die Republik die beste Staatsform für Frankreich sei.

Aber dies ist es eben, was an Thiers charakteristisch ist, daß sich in ihm allgemeine Anschauungen mit persönlichen Tendenzen allezeit verquicken und so Entschlüsse in ihm reifen, zu welchen man, wie klug sie auch erscheinen mögen, kein rechtes Vertrauen haben kann.

Thiers' Regiment ist ein Glück für Frankreich. Das unterliegt keinem Zweifel. Aber die Ueberzeugung hiervon drängt sich mehr dem Auslande als den Franzosen auf. Denn diese erleben alle Tage das Schauspiel, daß er nicht über den Parteien, sondern mitten unter ihnen steht; daß, wenn ein Skandal in der Nationalversammlung entsteht, er immer dabei ist. Dies sollte er füglich vermeiden.

Aber da steht wiederum sein reizbares Naturell im Wege. Dieser Rechten, die notorisch intriguirt und konspirirt, um ihn zu stürzen, weil sie in ihm nicht mehr diejenige Hinneigung zum Royalismus erblickt, die sie ehedem ihm zutraute — dieser Rechten einen Denkzettel zu geben, konnte der alte Brausekopf sich nicht enthalten. Und da sich eben eine passende Gelegenheit nicht von selbst bot, so brach er eine vom Zaun und sagte ihr direkt ins Gesicht: So lange ich am Steuer sitze, ists mit euren royalistischen Gelüsten nichts; ich bin für die konservative Republik! Es sieht sich gerade so an, als hätte Herr Thiers im Stillen gedacht; na wartet, ich will Euch schon mores lehren! Und so rief er ihnen denn sein Quos ego zu, um im nächsten Moment schon zu erklären, daß er trostlos sei, die Finanzen mit der Politik vermischt zu haben.

Nun hat ers aber einmal gesagt. Das Wort läßt sich nicht mehr zurücknehmen. Was wird die Folge sein? Er wird auf dem angedeuteten Wege trotz des Widerstandes der Monarchisten weitergehen müssen. Es ist kaum ein anderes Mittel übrig, wenn er sich der Rechten gegenüber halten will, als die Nationalversammlung aufzulösen und auf eine republikanische Kammermajorität hinzuarbeiten. Daß er diese Eventualität bereits ins Auge gefaßt hat, beweisen schon jetzt vorbereitende Stimmen in denjenigen Organen, welche ihm nahe stehen.

Die Freihandelsfrage in der nordamerikanischen Präsidentenfrage.

Die Konferenz hervorragender Politiker und entschiedener Freihandelsleute, welche am 20. Juni in Newyork tagte, sowie die demokratische Nationalkonvention, welche am 9. Juli in Baltimore Horace Greeley für die Präsidentschaft und B. Gratz Brown für die Vizepräsidentschaft nominirte, haben nicht nur die Präsidentenfrage, sondern auch die Freihandelsfrage in ein klareres Licht gestellt. Das Resultat beider Versammlungen war, daß eine große Majorität derselben das Cincinnatier-Programm, welches die Entscheidung der Freihandelsfrage den Kongreßwahlen überläßt, billigte und Greeley und Brown im Präsidentenwahlkampfe zu unterstützen beschloß. Die von einer geringen Anzahl extremer Freihandelsmänner, welche eben so sehr gegen Greeley wie gegen Grant sind, aufgestellten Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten William S. Groesbeck und Frederick Law Olmstead dürften unter den obwaltenden Umständen nur wenig Anklang bei dem amerikanischen Volke finden, dazu kommt noch, daß Olmstead bereits die Nomination abgelehnt hat und Groesbeck, ein liberaler Demokrat, wahrscheinlich bald dasselbe thun wird.

So kann und wird in dem bevorstehenden Präsidentenschaftswahlkampfe die Freihandelsfrage zweifelsohne nicht die Rolle spielen, wie es beim Beginn der Wahlbewegung allerdings den Anschein hatte; die kleine und wohlmeinende, aber in ihren politischen Anschauungen doch zu einseitige und beschränkte Schar der Freihändler von Profession mag sich hingegen sträuben, so viel sie will.

Wie in fast allen populären Bewegungen in den Vereinigten Staaten, so geht es diesmal auch mit der vornehmlich von Karl Schurz inaugurirten Reformbewegung, bei welcher die Freihandelsfrage ursprünglich mit in erster Linie stand. Die große Mehrheit, die Masse Derer, welche sich der Bewegung anschlossen, schreibt letzterer schon durch ihr bloßes Gewicht die Hauptrichtung vor. Die Masse, namentlich die der Südländer, denkt aber, wie die Thatsachen lehren, gegenwärtig weniger an die Zoll- und Tariffrage, als an die Bekämpfung Grant's; sie verfolgt andere Zwecke und unter diesen vor allen Dingen die Beseitigung der herrschenden Grantpartie, der so verderblich um sich greifenden Korruption im Aemterwesen und eine völlige Aussöhnung des so hart gestraften Südens mit dem Norden der Union auf der Basis eines gänzlichen Fallenlassens aller alten Parteigegensätze, welche nur dazu gedient haben, den alten Streit auch nach Aufhebung der Sklaverei in veränderter Form zu verewigen und jedem zeitlichen Ausgleiche im Wege zu stehen. Und der großen Masse der Opposition gegen die Grantpartie erscheint diese Aufgabe als eine so große, so wichtige und zugleich so schwierige, daß sie von allen den Fragen, die geeignet sein könnten, die Kräfte der Opposition gegen die Grantpartei zu zersplittern, möglicht absehen will. Daher sagt auch die „Westliche Post", das Organ von Karl Schurz: „Wenn die rabiaten Freihändler noch lange fortfahren, der Opposition gegen die Grantpartei ihre besondere Doktrin als unbedingt maßgebend vorschreiben zu wollen, werden sie höchstens Vorurtheile gegen diese Doktrin unter der Masse Derer erwecken, die andernfalls in späteren günstigeren Zeiten gewiß gern ihren Theil zur praktischen Ausführung des Freihandelssystems beitragen würden."

Das haben denn auch Männer, wie David Wells, anerkannt einer der bedeutendsten und freisinnigsten Nationalökonomen der Union, und Zeitungen, wie die „Chicago Tribüne", die kaum einen Tag verstreichen lassen, ohne ihren Anti-Schutzzoll- und Anti-Monopolgesinnungen kräftigen Ausdruck zu geben, sehr wohl eingesehen. Wenn einige wenige andere Anhänger der Freihandelsrichtung das noch immer nicht habe begreifen wollen, so werden sie mit ihrer fortgesetzten, verbissenen Opposition gegen die Resultate der Cincinnatier Konvention, der Konferenz in Newyork und der Baltimorer Konvention sehr bald Erfahrungen machen, die ihrer Prinzipienreiterei und ihrer Eitelkeit weniger schmeichelhaft sein dürften.

Wie die „Chicago-Tribune", die „Westliche Post" und andere, dem Freihandel günstige Blätter behaupten, wurde die erwähnte Konferenz in Newyork von einigen Mitgliedern der Cincinnatier Konvention, welche mit Greeleys Nomination nicht zufrieden waren, berufen. Die Freihandelsfrage wurde als Hauptmotiv gegen Greeley benutzt. Manche Herren, deren jetziger Eifer für Freihandel gerade so extrem ist, wie ihr Eifer für den Schutzzoll vor wenigen Jahren, bestanden darauf, daß sie es nicht mit ihrem Gewissen vereinigen könnten, Herrn Greeley zu unterstützen. Thatsache aber ist, daß die Union der Nomination Greeleys eine leidlich vernünftige Klassifikation der Tariffrage unter den politischen Fragen verdankt. In dem Präsidentenwahlkampfe von 1868 waren die Kandidaten der demokratischen Partei, Horatio Seymour und Francis P. Blair, Freihändler, und doch war eine Mehrheit der in diesem Jahre auf dem Seymour-Ticket erwählten demokratischen Kongreßmitglieder nicht nur Schutzzöllner, sondern auch politische Intriguanten, bereit ein jedes nationale Interesse für irgend ein Spezialprivilegium an Privatkorporationen oder andere Monopole zu verschachern. Was auch die National-Koventionen über die Freihandelsfrage sagen mochten, beide Parteien — die demokratische, wie die republikanische — erwählten Kongreßmitglieder ohne Rücksicht auf deren Ansichten in der Freihandelsfrage. Die Cincinnatier Konvention, welche Horace Greeley nominirte, hat nun zum ersten Male offen und bestimmt den Satz aufgestellt, daß Zoll- und Steuerfragen vor allen Dingen von der Gesetzgebung, vom Kongresse, zu entscheiden sind, und daß dieselben so entschieden werden sollen, ohne irgendwelche direkte oder indirekte Einmischung seitens der Exekutive, des Präsidenten; und Herr Greeley hat diesem Satze auf das Entschiedenste und Herzlichste beigestimmt. Greeley erklärte in dem Schreiben, in welchem er offen und feierlich die Kandidatur annahm, daß er, wenn der vom Volke gewählte Kongreß die Schutzzölle abschafft oder absoluten Freihandel einführt, als Präsident den betreffenden Gesetzen seine Zustimmung geben werde, ohne von seinem Vetorechte Gebrauch zu machen. Und mit dieser Erklärung hätten sich auch die entschiedensten Freihändler beruhigen und ihre Agitation für die Kongreßwahlen aufsparen können.

Wie nun die Sachen gegenwärtig in den Vereinigten Staaten liegen, wird dies auch wohl thatsächlich geschehen müssen; wenn anders das Freihandelsprinzip daselbst zum Siege gebracht werden soll; so viel steht aber fest, daß die Grantpartei am wenigsten dem Freihandel günstig ist.

R. D.

Deutschland.

Ω **Berlin**, 17. Juli. Das neue Feldgeschütz, mit welchem hier schon seit längerer Zeit Versuche stattfinden, und das die künftige Geschützausrüstung der gesammten deutschen Feldartillerie zu bilden bestimmt ist, wird sich zur Erzielung einer möglichst großen Pulverladung und eines größeren Geschoßgewichts, ähnlich den neuen Marinegeschützen in der unteren Hälfte des Rohrs durch eine Ringlage verstärkt finden. Ebenso wird voraussichtlich auch bei demselben das bisher nur bei den schweren Marine- und Küstengeschützen verwendete prismatische Pulver, jedoch mit einer entsprechenden Modifikation der Körnergröße, eine Anwendung finden. Jene Geschützkonstruktion ist bisher nur bei dem neuen russischen Ring-4-Pfünder in Ausführung getreten und soll sich dort nach allen Beziehungen sehr vortheilhaft bewährt haben. Zugleich schließt diese Konstruktion aber die Anwendung jedes anderen Geschützmaterials als Gußstahl aus, was den schon früher über dies neue Geschütz gebrachten Mittheilungen genau entsprechen würde. Als Verschluß soll bisher der einfache Keilverschluß mit Broadwelllidirung die günstigsten Resultate ergeben haben. Ob es gelingen wird, ein Einheitsgeschütz herzustellen, darf hingegen noch als zweifelhaft angesehen werden, und sind die Versuche überhaupt auch noch nicht abgeschlossen, wogegen die bisher erzielten Ergebnisse aber so günstig ausgefallen sein sollen, um die Einführung des Geschützes an sich und die Annahme der prinzipiellen Konstruktionsgrundsätze desselben nahezu als gewiß annehmen zu können. Andrerseits werden die Panzerschießversuche mit dem neuen 28-Cm.-Geschütz noch gar nicht als begonnen bezeichnet, wohl aber sind über die gleichartigen mit diesem Geschütz Rußland stattgehabten Versuche neuerdings ausführliche und durchaus zuverlässige Mittheilungen veröffentlicht worden. Es ist dort auf eine Panzerscheibe von im oberen Theil 228, im unteren 305 Mm. Eisen und 915 Mm. Teakholz in zweckmäßigster, genau der Schiffswand des englischen Panzerschiffs „Hercules" nachgebildeten Konstruktion gefeuert worden. Das Probegeschütz war dabei, ohne daß die Gründe dafür angeführt werden, um 27" englisch kürzer ausgefallen, als das zur endgiltigen Einführung bestimmte Modell, wodurch sowohl eine verminderte Pulverladung, wie desgleichen eine bedeutend verminderte Anfangsgeschwindigkeit bedingt wurde. Dennoch aber ist der neunzöllige Theil der Panzerscheibe noch bei 1300 und der sechszöllige Theil noch bei 1800 Meter Entfernung von den Geschossen des Geschützes glatt durchschlagen worden, wobei die angewendeten Stahlgranaten meist nach dem Durchdringen der Platten und der vollen Bordwand kaum irgend eine Veränderung ausgewiesen haben, und wonach die gleiche Wirkung bei dem modellmäßig ausgeführten Geschütz sicher auch bei einer zehnzölligen, wo nicht selbst noch bei einer zwölfzölligen Panzerung vorausgesetzt werden darf. — Französischerseits wird jetzt der Anspruch erhoben in dem Feldzuge 1870 1871 noch eine zweite preußische Fahne erobert zu haben. Es geschieht dies in dem jüngst erschienenen Werke des Marschall Bazaine „L'armée du Rhin" und kann dieser Anspruch in der That nicht unbedingt von der Hand gewiesen werden. Derselbe knüpft sich an die Schlacht von Mars-la-Tour, und handelt es sich um die Fahne des 2. Bataillons 16. Infanterie-Regiments. Nach dem diesseitigen offiziellen Nachweis der im Kriege von 1870/1871 zerschossenen oder sonst verletzten Fahnen ist in der genannten Schlacht dieses Bataillon nur in dem Besitz der unteren Hälfte des Fahnenstocks, inkl. des die Besitzinschrift der Fahne enthaltenden Fahneringes geblieben, wogegen demselben seitdem die Fahnenspitze, die Fahnenbänder und der obere Theil der Stange mit den Resten der Fahnenflagge fehlen. Ohne Zweifel ist dieser Theil bei dem verlustvollen Angriff der Brigade Wedell auf die Höhen hinter Mars-la-Tour abgeschossen worden, bei welch gleicher Gelegenheit die Fahne des ebenfalls daran betheiligten 1. Bataillons 56. Regiments 23 Kugeln empfangen hat. Der Feind mag später bei dem Zurückweichen der genannten Brigade die im Getümmel des Kampfes unbemerkt zur Erde gefallenen Fahnentrümmer aufgehoben haben und gewährt die Angabe des französischen Marschall den Beweis, daß dieselben als Trophäe in das französische Hauptquartier abgeliefert worden sind. Es knüpft sich an diesen Fall jedoch die noch nicht entschiedene und bisher wohl auch noch nicht aufgeworfene Prinzipienfrage, ob der wie erwähnt dem Bataillon erhalten gebliebene Fahnenring den Anspruch auf die Erhaltung der Fahne bedingt, oder ob der Begriff des Feldzeichens der verloren gegangenen Spitze und Flagge beiwohnt, und steht darüber die Entscheidung Sr. Majestät des Kaisers zu gewärtigen, welcher über die näheren Umstände dieses Verlustes Bericht eingefordert hat. Merkwürdig erscheint noch, daß die Zahlen 1 und 6 im letzten Feldzuge besonders gefährdet worden sind, indem bekanntlich das 2. Bataillon 61. Regiments das einzig andere preußische Bataillon ist, das seine Fahne wirklich verloren hat, wogegen das 2. Bataillon des 16. Landwehr-Regiments bei dem Ueberfall in Chatillon ebenfalls ganz nahe daran gewesen ist, seine schließlich nur noch durch das Fenster des Kommandeurquartiers gerettete Fahne einzubüßen.

— Der Kaiser erfreut Sich, den neuesten eingegangenen Nachrichten aus Ems zufolge, des besten Wohlseins, haben Sich jedoch in den letzten Tagen des anhaltenden Regenwetters wegen nur selten auf der Promenade gezeigt und trinken den Brunnen des Morgens theils im Zimmer, theils unter den Kolonnaden. Se. Majestät gegenken noch bis gegen Ende dieses Monats in Ems zu verweilen, in der ersten Woche des August aber zu einer mehrwöchentlichen Nachkur nach Gastein zu gehen. Anfang September kehren Se. Majestät nach Berlin zurück, um den Besuch des Kaisers von Oesterreich zu empfangen.

— Auf dem 8. internationalen statistischen Kongreß zu St. Petersburg wird das Deutsche Reich durch den Regierungs-Rath Dr. Meitzen, Preußen durch den Geh. Ober-Regierungs-Rath Dr. Engel vertreten sein.

— Der Wirkliche Geh. Ober-Regierungsrath Wehrmann hat sich nach Beendigung der mit gutem Erfolge in Gastein gebrauchten Badekur einstweilen zu längerem Aufenthalte nach Ilmenau begeben und gedenkt später noch ein Seebad zu besuchen.

— Von „unterrichteter Seite" wird der „Elbf. Ztg." mitgetheilt, daß im Cultusministerium die Ausarbeitung jener Gesetze begonnen habe, welche die Reorganisation der katholischen Kirche betreffen und den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werden sollen.

— Ueber die Entschließung der Regierung in Bezug auf die Maßregeln gegen die Bischöfe und über das Stadium, in welches die Angelegenheit der Amts- und Temporaliensperre gegen den Bischof Crementz in Ems getreten, soll vorläufig noch Stillschweigen beo-

bachtet werden. Es wird indessen von eingeweihter Seite ausdrücklich hinzugefügt, daß der Pessimismus ungerechtfertigt sei, der sich seit kurzem eines Theils der Presse bemächtigt habe. An der Zustimmung des Kaisers dürfe nicht gezweifelt werden, aber eben deshalb sei es geboten, die Publizirung von Details zu vermeiden, weil man dadurch mindestens der ultramontanen Presse Gelegenheit zu unerquicklichen Expektorationen bieten würde. Gleichzeitig darf nicht außer Acht gelassen werden, daß spezielle Nachrichten über den Stand der schwebenden Angelegenheiten gewissen Einflüssen die Wege ebnen dürften. Uebrigens scheint man in maßgebenden Regionen nicht die Auffassung zu theilen, als ob die Offiziösen eine Taktlosigkeit begangen, daß sie weitere Maßnahmen gegen den katholischen Klerus von der Reichsgesetzgebung und jener der Einzellandtage abhängig erklärten. Diese Mittheilung, sagt man, beruhe auf direkten Informationen, weil auf dem Verordnungswege doch nicht die letzten Ziele des Fürsten Bismarck zu erreichen wären. Um nur eines derselben zu gedenken, so handle es sich jedenfalls um die Emanzipation des niederen Klerus von Rom und der bischöflichen Gewalt. Dazu müssen Gesetze vorhanden sein, u. a. auch solche, welche die materielle Lage des niederen Klerus so regeln, wie sie die Priester einer Nationalkirche für ihre Unabhängigkeit bedürfen. (K. H. Z.)

— Bekanntlich hieß es im Anfange, nur eine Regierung, und später, zwei Regierungen, hätten auf die von deutscher Seite gemachten Vorschläge betreffs der einer neuen Papstwahl gegenüber zu beobachtenden gemeinsamen Haltung ablehnend geantwortet. Daß eine dieser beiden Regierungen die französische gewesen sei, darüber herrscht kein Zweifel. Nicht so sicher war man in Betreff der zweiten, als welche mehrfach die italienische vermuthet wurde. Der Wiener Korrespondent der B. u. H.-Z. giebt eine unerwartete, anderslautende Interpretation. Derselbe schreibt unterm 15. d.:

Graf Andrassy hat vom auswärtigen Amt rechtsgeschichtliche Forschungen über das Vetorecht der katholischen Regierungen anstellen lassen. „Sie würden von großem Werthe sein — meinte der Vertreter einer Regierung, welche ein Veto nicht besitzt — wenn die Gelehrten den Papst machten und nicht die Kardinäle.“ Im Uebrigen wird es nicht nöthig sein, noch länger ein Geheimniß daraus zu machen, daß die beiden katholischen Regierungen, welche die Berliner Anregung zu einer Verständigung über die Papstwahl abgewiesen, die Regierungen von Frankreich und von Oesterreich sind. Die Begleitschriften beider sollen eine wunderbare Gleichförmigkeit der Argumentirung zeigen.

— Die „Opinione“ faßt in einer Reihe von Leitartikeln die in allen Ländern mit katholischer Bevölkerung so ungemein interessirende Frage einer neuen Papstwahl ins Auge und plaidirt in ihrem zweiten Artikel sehr entschieden dafür, daß die italienische Regierung diesem Akte nicht mit verschränkten Armeen zusehe.

„Wäre es jemals entschuldbar“, — so fragt das ministerielle italienische Blatt — „wenn die italienische Regierung sich in Sachen der Papstwahl gleichgiltig zeigte? Für sie läuft es keineswegs auf dasselbe hinaus, ob ein feindlich gesinnter, von Agitatoren beherrschter Papst oder aber ein Papst von gemäßigten Grundsätzen gewählt wird, der sich den Zeitforderungen anzubequemen weiß. Wenn sie darum einen Wunsch auszusprechen hätte, so wäre es der, einen Papst gewählt zu sehen, welcher in seinen Beziehungen zu den Staatsregierungen wie zu der bürgerlichen Gesellschaft sich von dem Geiste der Mäßigung leiten läßt und der, wenn denn einmal auf eine Aussöhnung des Papstthums mit dem Prinzip der Freiheit nicht zu rechnen ist, wenigstens den Kampf selber weniger erbittert und das Zusammenleben erträglicher machen würde.

Diesen Wunsch unserer Regierung theilen anscheinend auch alle übrigen Staaten u. s. w.“

— Die einzige Niederlassung der Jesuiten in Baiern ist bekanntlich in Regensburg. Die dortigen Jesuiten haben bereits von ihren Obern den Auftrag erhalten, abzureisen. Sie wollen, wie ein frommes bairisches Blatt es ausdrückt, „dem Reiche die Schmach ersparen, wie Vagabonden sie zu schuben.“ Auch an andern Orten rüsten sich die Jesuiten zur Abreise. Hie und da heißt es, einige derselben würden aus dem Orden austreten und „als Weltgeistliche“ ihre Thätigkeit fortsetzen. Diese List wäre doch zu plump; es wird Niemand daran glauben, wenn der Pater X. versichert, er sei jetzt kein Jesuit mehr.

— Einzelne Mitglieder der Gesellschaft Jesu haben bereits in aller Stille die Grenzen Deutschlands passirt. Nach verläßlicher Mittheilung erhielten die Jesuiten von ihrem Obern die gemessene Ordre, jeden Konflikt mit den Landespolizeibehörden zu vermeiden. Diese Ordre ist um so verständlicher, als durch etwaige Demonstrationen der frommen Väter zu Gegendemonstrationen Anlaß gegeben worden wäre, welche die persönliche Sicherheit der Ausgewiesenen leicht gefährden konnten.

— Die ultramontane Bauernfängerei treibt ein viel gefährlicheres Spiel als jede andere, insofern sie da, wo sie ihr Wesen hat, nicht nur Hab und Gut, sondern Leben und Gesundheit ihrer Opfer bedroht. Aerztliche Berichte aus dem untern Elsaß, welche sich an die Presse um Hülfeleistung gegen diese Hexenmeister oder Teufelsbanner wenden, erzählen, wie man oft an allen Oeffnungen des Krankenzimmers den Drudenfuß oder die Buchstaben C. M. B. (Caspar, Melchior, Balthasar) bemerkt und dann sogleich weiß, warum man den Kranken so lange ohne ärztliche Hilfe gelassen. Sehr häufig findet man bei den Kranken die Zauberformel Abakadabra und Amulette, wie man sie vor zwei Jahren bei den verwundeten Turkos sehen konnte. Stirbt die kranke Person, so erklärt der geistliche Hexenmeister achselzuckend, es habe ihr am rechten Glauben gefehlt. Wird sie aber trotz aller Verwahrlosung gesund, so hat nicht nur die „gloria dei“ gewonnen, sondern dem gewissenlosen Freibeuter eröffnet sich auch ein weites und ergiebiges Arbeitsfeld unter den Bauern, auf dem Würste und Schinken für ihn wachsen. — Wenn die Hausbesitzer im Elsaß nicht selbst den Muth haben, solche Heilkünstler zum Hofe hinauszupeitschen, so müssen die deutschen Schulgesetze es thun, die im Verein mit der volksfreundlichen Presse diesem mittelalterlichen Spuk am wirksamsten entgegentreten können. Es steht zu hoffen, daß mit den Jesuiten ein guter Theil dieser geistlichen Apotheken voll Amuletts, heiliger Knochen und geweihter Fetzen mit über die Grenze wandert und das unwissende Volk von dieser unheimlichen Leibesgefahr bedroht.

— Die Jesuitenfrage veranlaßt die „Allgemeine Zeitung“ eine im Jahre 1846 von dem der patriotischen Partei angehörigen Abg. Dr. Ruland erschienene, die Volksmissionen und Priesterexerzitien speziell in Franken behandelnde Brochüre, in welcher er besonders hervorhebt, daß Volk und Klerus die Einmischung von Orden und Kongregationen, namentlich der Jesuiten in die heimathliche Seelsorge ungern gesehen habe, und im weiteren Verlaufe seiner Ausführung frägt: ob vielleicht das fränkische Volk die Berufung von Redemptoristen wünsche? er verneint diese Frage; das Volk hänge seinen ordentlichen Seelsorgern an, und der intelligentere Theil der Bevölkerung betrachte die Missionen als geistliche Komödien. Ueber die Wirksamkeit der Missionen theilt Dr. Ruland die Aeußerung eines tüchtigen Pfarrers mit, welcher sagte: „Nichts ist es! die schlecht waren, sind schlecht geblieben!“ Auch von den Redemptoristen als Leiter von Priesterexerzitien will Dr. Ruland nichts wissen; er verwirft jeden physischen und moralischen Zwang zur Theilnahme an solchen Uebungen und zeigt in ergreifender Weise, daß der Seelsorger am Sterbebette fast täglich das eindringlichste Exerzitium habe. Ueberdies gebe es in Franken Klöster genug, in die man sich auf einige Zeit zurückziehen könne. Die Brochüre schließt mit den Worten: „Der fränkische Klerus in seiner Mehrzahl bedarf der Redemptoristen nicht; der fränkische Klerus in seiner Mehrzahl wünscht sie nicht!“

— Aus Mainz, 12. Juli, schreibt man dem „Frankfurter Journal“:

Die Jesuiten haben gestern noch in der von ihnen noch immer okkupirten Chistophskirche ein pompöses Fest, das sog. „große Gebet“, einen ununterbrochen von Morgens 4 bis Abends 8 Uhr dauernden Gottesdienst gefeiert. Zurüstungen zur Abreise sind noch keine bemerkbar; sie schaffen indessen einstweilen ihre Gnadenschätze in Sicherheit. Es sind dies Amulette, Marien-Medaillen, Bruderschafts-Abzeichen, Kongregationsmünzen, geweihte Rosenkränze, Reliquien, Wundermittel und dergl. mehr. Namentlich ist hier an Büchern und Gebetzetteln eine solche Menge aufgehäuft, daß das Kellergewölbe des Hauses unter der Last gewichen sein soll. Im Fall der Abreise werden sie Brixen oder Feldkirch beglücken, von wo sie meistens auch kamen. Im Uebrigen haben wir auch dann noch immer Jesuiten genug, die festsitzen in geistlichen und weltlichen Stellen.

— Auch das „Katholische Kirchenblatt zunächst für Sachsen“ liefert seinen Beitrag zu der vielberufenen Frage von dem „Steinchen aus der Höhe“. Darin hat es unrecht, daß es sagt, diese Phrase mache „den Liberalen“ viel Kopfzerbrechen. Unsers Wissens ist es namentlich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ gewesen, welche erörtert hat, wer mit dem „Koloß“ gemeint sei, dessen „Füße“ das „Steinchen aus der Höhe“ zerschmettern soll. Das „Katholische Kirchenblatt“ nun gibt eine ganz sonderbare Definition von dem Koloß. Es sagt:

Die Feinde der katholischen Kirche behaupten, damit meine der Papst den preußischen Staat oder das deutsche Reich. Aber weder der preußische Staat noch das deutsche Reich kann mit Recht an sich ein Koloß, ein Reich von unnatürlicher Macht und Größe genannt werden; das deutsche Reich war früher größer und mächtiger; unnatürlich groß, kolossal kann es nur dann genannt werden, wenn die Regierung ein dem Staate ganz fremdes Gebiet, wenn sie die Religion und Kirche in ihre Botmäßigkeit hereinzieht, wenn sie von den Bischöfen und Priestern auch in Religionssachen einen ganz unbedingten Gehorsam fordert. Diese von einer Staatsregierung beanspruchte Staatsallmacht, diese versuchte Vergewaltigung der Religion und des Gewissens, — das ist das Ungeheuere, das ist der Koloß, „dessen Füße theils aus Eisen, theils aus Töpferthon bestehen“, also aus unvereinbaren Stoffen zusammengesetzt sind, der also nicht auf die Dauer bestehen kann, dem der Allerhöchste durch einen anfangs vielleicht unbedeutenden Umstand wieder ein Ende machen kann.

— Was den Streit zwischen der „Schles. Volksztg.“ und ihren Spezialkolleginnen, der „Germ.“ und der berüchtigten Bonner „Deutschen Reichsztg.“ betrifft, so war, bemerkt die „Bresl. Ztg.“, unsere Vermuthung, daß der ganze Aerger der beiden letzteren darauf beruhe, daß die „Schles. Volksztg.“ neben dem Katholizismus auch noch glaube patriotisch sein zu dürfen, vollkommen begründet. Das schlesische Blatt erklärt nämlich: es bekenne sich neben dem entschiedensten Katholizismus oder Ultramontanismus eben so unumwunden zum preußischen Patriotismus; es sei zwar römisch-katholisch, aber in politischer Beziehung preußisch und in nationaler Beziehung deutsch; „durch keinen Punkt in der katholischen Glaubens- und Sittenlehre sei es einem römisch-katholischen Manne verboten, ein warmer preußischer Patriot zu sein“ Trotz alledem meinen wir, wird es den Herren der „Schles. Volksztg.“ nicht lange mehr gestattet sein, in dieser Weise ihren „preußischen Patriotismus“ zu bethätigen; es giebt noch andere Verbote als solche, die in der katholischen Glaubens- und Sittenlehre begründet sind.

— Die „Germania“ bringt in Bezug auf ihr Duell mit ihrer Kollegin, der „Schles. Volksztg.“, folgende burschikose Humoreske:

Also, die „liberalen“ Blätter erklären nach Rechts und Links: „Die „Schles. Volksztg.“ und die „Germania“ stehen auf der Mensur und verhauen sich gegenseitig nach allen Regeln des Comments.“ — Begegnen sich die beiden Komilitonen und fragen wie aus einem Munde: „Sind wir losgewesen?“ — „Daß ich nicht wüßte!“ sagt der Breslauer. — „Ich ebenfalls nicht!“ entgegnet der Berliner. — „Aber der Brandfuchs von der „Speneria“ hat's doch auf seiner Kneipe erzählt.“ — „Möglich, aber nicht auffallend, denn er lügt aus Gewohnheit ganz kadavermäßig.“ — „Anderswo habe ich aber auch davon gehört.“ — „Wer giebt denn viel auf das, was die „Kameele schwätzen!“

Die „Schles. Volksztg.“ fühlt übrigens auch schon wieder ein ultramontanes Rühren (naturam ex pellas etc.) und bläst mit folgenden Worten zum Rückzug:

„Daß zwei katholische Blätter in einer, nur durch offiziöse Geriebenheit ins Große aufgeblasenen Frage verschiedener Meinung sind, ist doch sehr natürlich und involvirt weder einen Widerspruch der Organe, noch einen entschiedenen Widerspruch derselben — außer vielleicht in den Augen solcher Gegner, welche aus der Uebereinstimmung der Katholiken im katholischen Glauben und kirchlichen Gehorsam eine Uebereinstimmung derselben in allen Fragen, etwa auch in der, ob Kautschuk oder Gummi vorzuziehen sei, schließen wollen. Daß wir den Ton der Ueberhebung rügen, in dem wir allesammt, katholische und akatholische Blätter leicht verfallen, ist ein wohlgemeinter Wink intra muros, und bezieht sich eben bloß auf den Ton, der bei katholischen Blättern oft auf der bloßen Angewohnheit des Kanzelns entsteht, wie sie sich bei geistlichen Herren leicht bildet und auch im gewöhnlichen Leben und Schreiben fortgesetzt wird. Daß die „Schles. Volksztg.“ ein Blatt sei, welches „unter Autorität des Fürstbischofs Förster redigirt“ wird — ist eine Nachricht, die wir zu unserer Verwunderung aus der Posener Ztg. erfahren müssen, und wenn das Blatt in allen Dingen so gut orientirt ist wie hier, so darf man seinen Lesern gratuliren.“

Die obige Vermuthung der „Bresl. Ztg.“ wird also dadurch bestätigt.

— Trotz des nunmehr geschehenen Rückzuges der „Schles. Volksz.“ von ihrer Position bleibt diese erste Regung einer patriotischen Fraktion der Päpstler doch charakteristisch genug. Die „Prov.-Corr.“ beleuchtet sie in ihrer neuesten Nummer folgender Weise:

Theater.

Wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um. Und daß es so ist, darf am wenigsten Derjenige beklagen, welcher rechtzeitig gewarnt wurde. Herr Theodor Krautschneider von hier hat es nicht ertragen können, daß eine Studie von ihm ruhmlos „ins All versinke“; jetzt wird er es den kritischen Stimmen, welche nur deßwegen ernsthaft über sein Opus sich ausließen, weil sie ihm schlimme Erfahrungen ersparen wollten, wohl glauben, daß seine „Geyersberg“ betitelte fünfaktige Tragödie in Jamben ein gar mangelhaftes Gedicht ist.

Daß man es doch Autodidakten niemals beibringen kann, wie nöthig die kritische Schulung auch dann noch sei, wenn man in sich das souveräne Walten des Genius verspürt, und daß ohne wirkliche Arbeit es keinen Erfolg gebe.

Wir können unser über die „Geyersberg“ bereits abgegebenes Urtheil jetzt, nachdem das Stück über die Bühne gegangen, selbst in seiner damaligen Bedingtheit gar nicht mehr aufrechterhalten. Die Aufführung hat die Mängel in erhöhtem Maße gezeigt; das, was uns als Vorzug bei der Lektüre erschien, war auf der Bühne gleichfalls Fehler. Was uns rasche, resolute Handlung dünkte, ward auf den Brettern zum nebelbildartigen Vorüberhuschen; es war punktirt, aber nicht gezeichnet; angedeutet, aber nicht ausgearbeitet; geahnt, aber nicht gedacht — mit Einem Worte: verfehlt!

Die Darsteller hätten selbst bei der wärmsten Hingebung an die Sache das Stück nicht über Wasser halten können; diese Monologe klingen so hohl wie menschliche Stimmen in dem Gräberraum, in welchem Florian sich von seiner Geliebten verabschiedet; es ist deklamatorisch nichts daraus zu machen. Was soll denn das Finale des Helden:

Nimm diesen letzten Kuß; es ist der letzte nicht —

was in aller Welt, fragen wir, soll denn dieses Finale auf den Zuschauer wirken und wenn man es noch so pathetisch brüllt oder noch so weinerlich verhaucht? Wo kein Gedanke dahintersteckt, da nützt kein Pomp der Sprache. Und wenns noch Pomp wäre! Worte sinds, leere Worte. Was ist z. B. ein „Stand“, den man „trägt“? Was ist das für ein „Geschöpf, das ein Mensch soll sein?“ Wer findet einen Gedanken darin, daß, wenn der Tod den König neben den Bettler bettet, „der Standesunterschied sie nicht wecken wird?“ Oder wie kann man sich eine Vorstellung davon machen, daß Jemand „ein Nichts erhält“?

Kurz! wir könnten dem Verfasser der „Geyersberg“ von Szene zu Szene nachweisen, daß er sich bei einer Menge von Gesprochenem selber gar nichts gedacht, daß er nirgends versucht hat, dem Schall dessen, was, aus ihm selbst entströmt, an sein eigenes Ohr schlug, weiter nachzuforschen und zu fragen, ob es nur ein leerer Klang oder ob es das Gewand eines Gedankens, einer Vorstellung, eines Bildes sei.

Wir haben sehr zurückhaltend geurtheilt, als das Stück vorerst noch die Bühne ungeschoren ließ. Aber der Autor hat durch sein Hervordrängen das Anrecht auf Schonung verwirkt. Er hat das Publikum gleichsam zu einer Antikritik herausgefordert. Nun wird er erfahren haben, daß der wirkliche Gehalt wohl zu streitigen Urtheilen Veranlassung geben kann; wo aber Nichts weiter ist als die (von uns ja angedeutete) leise Möglichkeit eines Talents, da giebts keine differenten Urtheile. Nichts ist Allen Nichts, der Kritik wie dem Publikum.

Glaubt trotzdem der Autor, unterstützt durch die Gutmüthigkeit einer Regie, welche sich vielleicht nicht klar gemacht hat, daß sie auf diese Weise gleich sehr das Publikum molestire und den Autor über sich selbst täusche, glaubt, sagen wir, trotzdem der Autor auf dem eingeschlagenen Wege fortfahren zu sollen — in Gottes Namen! Nur mache er sich dann auf die schlimmsten Erfahrungen gefaßt! Selbstverkennung ist der Uebel größtes. —m

Das Sängerfest in Thorn.

Nicht ohne Bedenken war das Komite an die Vorbereitungen zu dem am 7. d. Mts. so glücklich ausgeführten Fest des Provinzial-Sängerbundes herangetreten; selbst aus der Reihe der Mitglieder des Komites waren — und wie es schien, mit Grund — Einwendungen erhoben sowohl gegen das Fest selbst, als namentlich auch gegen die Zeit desselben. Vielfach wurde die Meinung laut, die Zeit solcher Feste sei vorüber, sie hätten ihre Bedeutung gehabt vor 1866, als neben dem ostensiblen Zweck noch ein anderer, nicht ausgesprochener Sinn ihnen beigelegt sei, als sie für gewissermaßen oppositionelle Demonstrationen galten, die den Geist und Trieb des Volkes zur Einigung und Einheit den Regierungen zum Trotz wecken und nähren sollten; seitdem aber das lange unerreichbar scheinende Ziel erlangt und gewonnen, seien auch Sänger-, Turner-, Schützen- und ähnliche Feste überflüssig geworden und fänden keine willige Aufnahme mehr in den Herzen der Bürger. So viel scheinbar Richtiges in dieser Ansicht auch lag, so erhielt sie doch eine sehr deutliche Widerlegung durch die Thatsache, daß für den laufenden Monat außer in Thorn noch in Flatow und Elbing Sängerfeste in Aussicht und Angriff genommen, also die Neigung des Volkes zu selben deutlich dargethan und zugleich die Jahreszeit, im Gegensatz zu den früher vorzugsweise beliebten Pfingsttagen, als die geeignetste anerkannt wurde. Neben diesen Gedanken, die gewiß auch in Flatow und Elbing aufgetreten sind, trat hier noch die viel mehr berechtigte Besorgniß wegen der Witterung auf, und es wurde denn auch wirklich auf eine Einrichtung für den Nothfall des Regens Bedacht genommen. Zum Glück war diese Sorge unnöthig. Das Fest selbst verlief fast genau dem Programm gemäß, nur in dem Zeitpunkte des Beginnes und Schlusses der einzelnen Abtheilungen differirte die Ausführung von dem Plane, da jene sich meist etwas verzögerte. Die Zweifel an der Gunst des Wetters hatten auf die Ausschmückung der Stadt und der Häuser keinen Einfluß haben können, da die Materialien zu diesen Dekorationen, insbesondere reicher Vorrath von Eichenlaub, bei Zeiten von dem Komite beschafft war, welches in diesen wie in anderen Dingen nicht bloß von der städtischen, sondern auch von der Festungs-Behörde sich des bereitwilligsten und dankenswerthesten Entgegenkommens erfreute.

Die erste Szene des Festes enthielt den Einzug der um die Mittagsstunde auf der Eisenbahn von Bromberg ꝛc. ꝛc. eingetroffenen Sänger, welche auf dem Bahnhofe von den Deputirten des Festkomites empfangen, über die mit Fahnen geputzte Brücke nach der Stadt und durch die beiden Hauptstraßen unter Begleitung von Instrumentalmusik nach dem Rathhause geführt wurden, wo unter Direktion des Hrn. Prof. Dr. Hirsch die Thorner Liedertafel die Gäste mit dem üblichen Sängergruß empfing, den diese unter Leitung des Herrn Musikdirigenten Grahn erwiderten. In dem Sessionszimmer des Magistrats wurden die Sängerfahnen aufgestellt und die Quartierbillets vertheilt. In kleinerem Umfange wiederholte sich dies Alles bei dem Empfange der auf der Bahn von Jablonowo und der anderen zu Wagen anlangenden Sänger. Obwohl die Hitze, welche die Sänger während der Probe im Saale der Bürgerschule erdulden mußten, viele sehr angegriffen hatte, erwachte ihre Kraft und Lust doch bei dem Abendkonzert in Mohns Garten sehr bald zu neuem Leben, zunächst dort angeregt durch die Toaste, welche zuerst Herr Bürgermeister Banke auf das deutsche Vaterland und dann der Führer der Sänger aus Polen auf die Stadt Thorn ausbrachte; alsbald wurden die Vorträge des Orchesters durch Lieder unterbrochen, die bald von diesem, bald von jenem Tische aus angestimmt wurden. An den Text eines Liedes knüpfte Hr. Mus.-Dir. Grahn aus Bromberg ein Hoch auf die Damen Thorns an. Die Größe und der Eifer der Theilnahme, welche den Gästen noch vor dem Hauptfeste dargebracht wurde, geht daraus hervor, daß die Zahl der Besucher in dem Konzertgarten gegen 1400 Personen betrug, wovon über die Hälfte bis lange nach Mitternacht dort verweilten. Der Vormittag des 7. war für die Verhandlungen des Sängertages und eine zweite Probe einzelner Gesänge bestimmt, bis das gemeinschaftliche Mittagessen gegen 300 Festgenossen im Garten des Schützenhauses versammelte, wo nach dem von Herrn Landrath Hoppe ausgebrachten Toast auf den Einiger Deutschlands, den Kaiser und König Wilhelm, Herr Justizrath Dr. Meyer die jetzige Bedeutung der Sängerfeste, den Einfluß, welchen sie auf die Förderung der Kultur haben können und sollen, hervorhob und daran ein Hoch auf den Provinzial-Sängerbund knüpfte. Herr Grahn erinnerte an das vor zehn Jahren hier gefeierte Sängerfest; die Erinnerung an dieses habe jetzt die Sangesbrüder zu zahlreichem und freudigem Erscheinen ermuntert, und ihre Erwartungen fänden vollkommene Bestätigung. Er dankte im Namen der Gäste mit einem Hoch auf Thorn und dessen Bürger.

Nachdem noch mehrere telegraphische Grüße vorgelesen waren, mahnte Herr Prof. Ebel aus Schneidemühl zu treuer Hut und Wacht des Deutschthums an der Ostmark. Um 3 Uhr Nachmittags sammelten sich die Sänger in dem zu diesem Zweck von dem Herrn Kommandanten freundlichst eingeräumten Exerzierhause, ordneten sich dort zum Festzuge nach der alphabetischen Reihe der Städte und durchschritten, geführt von dem Festkomite unter Vortritt der Kapelle, die Stadt ihrer

Je sicherer und unvermeidlicher die Unterwerfung des bischöflichen Blattes ist, um so bedeutsamer erscheint das augenblickliche Aufbäumen einer ernsten katholischen Ueberzeugung. Keine nachträgliche Unterwerfung kann das Geständniß eines in den katholischen Zuständen unzweifelhaft heimischen Schriftstellers ungeschehen machen, daß das Zustandekommen der päpstlichen Unfehlbarkeit einen Stachel selbst in den Herzen deutscher Katholiken, auch nachdem sie sich gläubig unterworfen haben, zurückgelassen habe, — kein Widerruf wird die Wirkung des Zeugnisses abschwächen, daß nur täuschende Berichte nach Rom gehen und die Wiederherstellung guter Verhältnisse zwischen Rom und Deutschland verhindern. Nicht minder bedeutsam ist das Anerkenntniß, daß bisher noch so gut wie Nichts gegen die Kirche geschehen sei, und daß der Staat noch nicht zum eigentlichen Angriffe übergegangen sei. Irrthümlich freilich wird als Grund dafür angegeben, daß der Staat mit seinem Kriegsplane noch nicht fertig sei. Der wirkliche Grund ist vielmehr, daß die Regierung einen Kampf gegen die Kirche nicht gewollt und nicht gesucht und deshalb auch einen Kriegsplan von vornherein nicht entworfen hat. Die Regierung hat sich, wie aus allen ihren Aeußerungen und Schritten hervorgeht, in den ersten Stadien des Kampfes lediglich auf die Abwehr kirchlicher Uebergriffe beschränkt, ohne zum eigentlichen Angriffe gegen die Stellung der Kirche vorzugehen. Erst die neuesten Kundgebungen einer offenbaren Feindschaft der päpstlichen Kurie gegen das Deutsche Reich haben die unbedingte Nothwendigkeit nahe gelegt, bei den weiteren Schritten der Staatsgewalt den tieferen Zusammenhang der kirchlichen Angriffe ins Auge zu fassen und hiernach die Mittel des Kampfes zu bemessen. Mit Recht erinnert das katholische Blatt seine Glaubensgenossen daran, daß seitens der Regierung noch bei Weitem nicht bitterer Ernst gemacht sei. Was geschehen kann und muß, wenn es „bitterer Ernst" wird, darüber wird die Staatsregierung im Großen und Ganzen schon jetzt nicht mehr im Ungewissen sein, und die nächsten Sessionen des Landtags und Reichstags werden darüber voraussichtlich schon einige Klarheit bringen. Die Regierung unseres Kaisers und Königs wünscht gewiß, treu den preußischen Ueberlieferungen und in vollster Aufrichtigkeit, noch heute, daß es zum „bitteren Ernst" nicht kommen möge; aber immer geringer wird leider die Hoffnung, daß die Stimmen, welche zur Mäßigung mahnen, selbst die Stimmen ernster und erprobter deutscher Katholiken bis nach Rom dringen oder dort Gehör finden.

— Der „Köln. Volksztg." scheint es in jüngster Zeit ähnlich wie der „Schles. Volksztg." zu gehen. Sie wird von den Heißspornen des römischen Jesuitismus nicht mehr als korrekt anerkannt. Kürzlich hat sie sich darüber beklagt, daß ihr die „Genfer Correspondenz", welche allen katholischen Blättern von einiger Bedeutung unentgeltlich geliefert werde, seit zwei Monaten nicht mehr zugehe. Sie hat sich deshalb beschwert, ist aber abgewiesen.

— Die ultramontanen Blätter gerathen sehr in Verlegenheit, wenn sie die ihnen so geläufige Redensart von der „Verfolgung der katholischen Kirche im deutschen Reiche" substantiiren sollen. Zu welchen Lächerlichkeiten diese Verlegenheit führt, das zeigt das unter den Auspizien des Bischofs von Augsburg erscheinende „Pastoralblatt." Der Herausgeber, Professor Merkle, päpstlicher Hausprälat", sagt in Nr. 28: „Die Kirchenbedrängniß ist schon dadurch konstatirt, daß man im Interesse der sogenannten Altkatholiken den Bischöfen das Recht nehmen will, jene aus der Kirche auszuschließen, die notorisch dem Glauben der Kirche entgegentreten. Es hat dies die „Catholic Union" Englands in ihrer Adresse an den Bischof von Ermland mit Recht betont, und kann darüber überhaupt kein vernünftiger Zweifel obwalten." — Nun hat aber noch Niemand den Bischöfen das Recht nehmen wollen, Jemand „aus der Kirche auszuschließen." Der Konflikt hat erst begonnen, als die Bischöfe den Versuch machten, die von ihnen „aus der Kirche Ausgeschlossenen" auch bürgerlich zu ächten, und als sie verlangten, die Staatsregierung solle die von ihr angestellten Professoren und Religionslehrer lediglich darum, weil die Bischöfe dies verlangten, absetzen und durch Männer nach dem Herzen der Bischöfe ersetzen. Die ganze „Kirchenbedrängniß" reduzirt sich also darauf, daß das weltliche Schwert den Bischöfen nicht so zu Willen ist, wie es Bonifaz VIII. für recht erklärt hat, und daß die Hierarchie nicht in Dingen, die über das kirchliche Gebiet hinausgehen, nach Belieben schalten und walten kann.

— Von Burg geht der „Volksztg." die Mittheilung zu, daß daselbst der Oberprediger Teller bei Gelegenheit der sogenannten „Danksagung" für den erfolgten Tod eines Kindes sich sehr verurtheilend von der Kanzel herab über die Mutter dieses Kindes ausgesprochen habe, die dasselbe vorzeitig geboren, nachdem sie als „Jungfrau" getraut worden sei. — Welche Unsauberkeit der Gesinnung verräth es bei diesen orthodoxen Herren, wenn man aus solchen Thatsachen erfährt, daß sie über die getrauten Jungfrauen Kalenderbuchungen führen, wie sie sonst nur in den Gestüten üblich sind.

— Die „Kreuzztg." enthält die folgende Erklärung:

„Die Kreissynode der Diözese Altenplathow, welche am heutigen Tage zu Genthin ihre diesjährige Sitzung abgehalten hat, erklärt hiermit einstimmig, daß sie der lehramtlichen Thätigkeit im Bereiche der evangelischen Kirche eine Leugnung des Glaubensgehaltes der Kirche, wenn dieselbe auch unter dem Vorwande der Wissenschaftlichkeit geschieht, nicht gestatten kann. Sie bleibt vielmehr auf dem alten Grunde des Apostolikums stehen und behauptet, die Kirche ist nicht durch die Wissenschaft gegründet, sondern durch die großen Thaten Gottes in seinem Sohne Jesu Christo.

Genthin, den 10. Juli 1872.

J. A. der Vorsitzende Schneider, Superintendent.

Die „Germania" veröffentlicht diese Notiz unter ihrer jetzt ständigen Rubrik: „Zur protestantischen Bewegung", unter der sie alle Regungen des protestantischen Muckerthums mit entsprechenden Glossen verzeichnet.

— Ueber die Sitzung des internationalen Gefängnißkongresses vom 11. wird der „Spen. Ztg. berichtet:

Vorläufig ist der Kongreß „zum Temple hinaus" gebracht worden. Er hat die Halle räumen müssen, damit die Vorbereitungen zu einem großen, für den Kongreß zu veranstaltenden Festmahl ungehindert vor sich gehen können. Außerdem hat sich der Kongreß in eine englisch- und in eine französisch redende Abtheilung aufgelöst. Das Zugeständniß, die Systemfrage in französischer Sprache, und zwar unter Ausschluß der Engländer und Amerikaner zu verhandeln, war ein billiges; es beseitigt das Uebergewicht einer rein lokalen Majorität und kann nur dazu beitragen, das Ansehen der vom Kongreß getroffenen Entscheidung zu erhöhen. Ob diese Entscheidung in Gestalt einer am Sonnabend in der Schlußsitzung vorzunehmenden Abstimmung oder in anderer Form getroffen werden wird, ist noch nicht völlig bestimmt. — Die englische Abtheilung verhandelte unter dem Vorsitz des Herrn Monalt. Da ich den Sitzungen nicht vollständig beiwohnen konnte, berichte ich nur über einen bemerkenswerthen Zwischenfall, dem ich gerade zuhören konnte. Herr Stevens hatte in einer der Sektionen (der dritten) darauf hingewiesen, daß in Belgien für das religiöse Bedürfniß der Gefangenen in der Berücksichtigung der verschiedenen Konfessionen besser gesorgt sei, als in anderen Ländern.

Mit Beziehung auf England wurde ihm von Mr. Hastings widersprochen, dessen Ansicht auch gestern in einem Leitartikel der „Times" vertheidigt ward. In Folge dessen erschien gestern der Erzbischof von Westminster, um die Times zu widerlegen und einige auf die englischen Katholiken bezüglichen Beschwerden vorzubringen; sicherlich ein Anzeichen für die hier den Verhandlungen des Kongresses und der Presse beigemessene Bedeutung. — Die französische Abtheilung berieth unter dem Vorsitze eines geborenen Elsässers, des Präsidenten Loyson, eines Mannes, der in durchaus gemäßigter, sogar anerkennender Weise über Deutschland urtheilte. Um eine gründliche Debatte vorzubereiten, war Sir Walter Crofton einem eingehenden Examinatorium über die Einzelheiten des irischen Systems unterworfen. Die Freunde der Einzelhaft waren dabei nicht gerade darauf bedacht, die Hauptsachen zu erfahren, sondern beschäftigten sich vielfach mit untergeordneten Kleinigkeiten, die möglicherweise benutzt werden können, um das irische System anzufechten. Die Versammlung war von dem Ausgange dieser Enquête sicherlich befriedigt. Nach Sir Walter Crofton erschien der Chef der englischen Gefängnißverwaltung, um auch seinerseits genau den Stand der hiesigen Einrichtungen darzulegen. Das englische System stimmt mit dem irischen System darin überein, daß alle Zuchthausgefangenen einer Einzelhaft von neun Monaten unterworfen werden, alsdann zur gemeinschaftlichen Strafarbeit (meistens im Freien) abgeführt, dort nach einem Markensystem klassifizirt und kontrolirt und endlich durch ticket-of-leave bedingungsweise und widerruflich unter Polizeiaufsicht entlassen werden, indem man bei gutem Verhalten den vierten Theil der Freiheitsstrafe wie in Deutschland erläßt. In allen diesen Stücken hat England das irische System adoptirt. Nur der eine Unterschied ist geblieben, daß in Irland vor der bedingungsweisen Entlassung besondere Zwischenanstalten in Wirksamkeit treten. Ihr Zweck ist bekanntlich, den als tüchtig erprobten Gefangenen ein größeres Maß von Vertrauen und Selbstständigkeit einzuräumen, damit ein allmäliger Uebergang zur Freiheit stattfinde. Von großem Werthe waren die Mittheilungen des Kapitän du Cane über die Erfahrungen, welche die englische Regierung mit der Einzelhaft gemacht hat. Sie begann damit, den Gefangenen zwei Jahre in der Zelle zu belassen, ging dann auf achtzehn Monate herab und glaubt sich gegenwärtig mit neun Monaten Einzelhaft begnügen zu können. Die englische Regierung behauptet, daß eine über dieses Maß hinausgehende Dauer auf den Geisteszustand und das körperliche Befinden der Gefangenen in England ungünstig und entschieden nachtheilig eingewirkt habe.

— Der internationale Gefängniß-Kongreß hielt seine neunte Sitzung am 13. d. M. im Saale des Middle Temple in London ab. Den Vorsitz hatte Sir. J. Pakington, der bei der Eröffnung sagte, daß der Kongreß sich versammelt habe, um seine Sitzungen zu beschließen, und er hoffe, die Resultate würden ebenso befriedigend sein, als es die Verhandlungen gewesen. Er wolle die Versammlung nicht weiter aufhalten und fordere Herrn Bournat auf, seinen Bericht vorzutragen. Herr B. Bournat verlas darauf den Bericht über die Berathungen der französischen Abtheilung, welche zwei Tage in dem Saale der Social Science Society ihre Sitzungen gehalten hatte. Der lange und interessante Bericht konnte der Kürze der Zeit wegen nur theilweise verlesen werden. — Herr H. W. Hastings verlas darauf den Bericht des Generalkomites über die abgehaltenen Sitzungen und beantragte die Annahme desselben. Nachdem dieselbe genehmigt worden, sprach Frl. Carpenter über die Bedeutung des Kongresses und des den Frauen zugewiesenen Antheils an der Besserung von Verbrechern, besonders der weiblichen, da Frauen allein am besten dazu geeignet wären, die Krankheiten ihres Geschlechts, sowohl die moralischen als die physischen und geistigen, zu behandeln. — Herr Powell (Vereinigte Staaten) machte den Antrag, die Sitzungen des Kongresses bis zum 15. und 16. d. M. auszudehnen, um die Todesstrafe und die Entstehung von Verbrechen durch Genuß geistiger Getränke zu besprechen. Der Antrag wurde abgelehnt. — Herr Pears vom Exekutivkomite beantragte, den Mitgliedern des Middle Temple den Dank des Kongresses für Benutzung des Saales auszusprechen. Dieser Antrag wurde einstimmig genehmigt. — Dr. Wines wünscht, die Versammlung möge Herrn Hastings und dem Sekretär ihren Dank aussprechen. — Ebenso wurde dem Dr. Mowett für seine Geschicklichkeit bei Uebersetzung der verschiedenen Reden und Sir W. Crofton und Kap. Ducane für ihre Mittheilungen der Dank des Kongresses ausgedrückt. — Herr Forte dankte im Namen der fremden Delegirten den Bürgern Londons und der britischen Regierung für die freundliche Aufnahme Dr. Guillaume brachte, unterstützt von Dr. Marquardson, den Vorschlag ein, dem Dr. Wines, als Organisator des Kongresses zu danken, und, nachdem auch dem Vorsitzenden gedankt worden, wurden die Sitzungen des Kongresses für beendigt erklärt.

— Bei der Konkurrenz des Entwurfs für das Denkmal Friedrich des Großen in Marienburg hat, wie der „Nat.-Z." mitgetheilt wird, der Entwurf von Siemering den Preis erhalten. Er wird nun zur Ausführung gelangen.

— Die „Prov.-Corr." bringt folgenden Bericht über die deutschen Armeen aus dem Werke des großen Generalstabes:

Bei der in Frankreich herrschenden Aufregung war die preußische Regierung nicht im Zweifel gewesen, daß jede in die Oeffentlichkeit hinaustretende Vorbereitung gegen Kriegsgefahr den Krieg selbst unausbleiblich herbeiführen würde. Man wußte, daß schon seit längerer Zeit eine große Thätigkeit im französischen Kriegs-Ministerium herrschte, daß bereits Vorbereitungen für Eisenbahntransporte getroffen und bedeutende Vorräthe an Fourage beschafft waren. Auf deutscher Seite war jede partielle Maßnahme, selbst die Armirung der Festungen, bisher unterblieben. Man wollte gar nicht oder vollständig rüsten und hatte das Vertrauen, bei der Ordnung, welche in allen militärischen Zweigen herrschte, damit nicht zu spät zu kommen. Erst als im Laufe des 15. Juli die Gewißheit gewonnen war, daß in Frankreich ein Einberufen von Reserven und Mobilgarden thatsächlich stattfinde, auch in den Häfen die Kriegsflotte ausgerüstet werde, erfolgte in der Nacht zum 16. die Mobilmachungsordre und zwar für das gesammte norddeutsche Heer. Aber Preußen und der Norddeutsche Bund sollten im bevorstehenden Kampfe nicht allein stehen. Die Gefahr, welche durch das Vorgehen des alten Erbfeindes für ganz Deutschland drohte, fand von dem Moment an, wo Frankreich nach dem Rücktritt des Hohenzollernschen Prinzen die Angelegenheit für noch nicht erledigt erklärte, allseitig ihre volle Würdigung. Ganz Deutschland trat unter die Waffen, vom ersten Moment seiner Bedrohung an geeint, wie nie zuvor. Wenn der Krieg auch unerwartet zum Ausbruch kam, so wurden die deutschen Armeen dennoch durch denselben nicht überrascht. Die Erfahrungen des Feldzuges von 1866 waren von keiner der damals kriegführenden Mächte unberücksichtigt gelassen worden und ein allseitig reges Streben hatte theilweise zu neuen Organisationen, überall aber zu vielfachen Verbesserungen geführt. (Der Generalstab giebt hier eine interessante Uebersicht der Verbesserungen, welche im Norddeutschen Bunde, sowie in Baiern, Württemberg und Baden im mehr oder minder engen Anschlusse an die norddeutsche Heereseinrichtungen eingeführt waren, — und fährt dann fort:) Allen diesen Bemühungen der verbündeten Staaten verdankte Deutschland der Aufstellung einer Streitmacht, wie in Stärke und einheitlicher Ausbildung bis dahin noch keine Nation sie zu verwirklichen vermocht hatte. — Nach erfolgter Mobilmachung zählten die Streitkräfte des Norddeutschen Bundes ohne Stäbe Offiziere:

---

ganzen Länge nach, wobei die Damen aus den Fenstern der mit Kränzen und Fahnen geschmückten Häuser ihren Dank für die ihnen am Vorabend gewidmete Aufmerksamkeit durch Zuwerfen von Blumen und Sträußen bekundeten. Die Ankunft auf dem Festplatz und der Beginn des Festkonzerts verzögerten sich über die im Programm angenommene Zeit, wodurch die Nothwendigkeit herbeigeführt wurde, die Pausen zwischen den vier Abtheilungen des Konzerts abzukürzen, was dann wieder bewirkte, daß das Programm vielen Zuhörern zu reichhaltig und umfangsvoll erschien. Die Ausführung der Gesänge war fast durchweg eine sehr gelungene zu nennen, die wenigen Verstöße, welche vorkamen, waren sämmtlich durch unvorhergesehene Zufälle veranlaßt, und die von mehreren Liedertafeln vorgetragenen Solopartien erhielten den Beifall des großen Publikums wie der Musikkenner. An der Leitung der einzelnen Gesänge betheiligten sich sieben Dirigenten, die Herren Dr. Meyer und Prof. Dr. Hirsch aus Thorn, Grahn und Reichhardt aus Bromberg, Hartmann aus Strasburg, Koppe aus Nakel und Schnorrer aus Poln. Krone. Das Publikum hatte sich in der Woche vor dem Fest ziemlich zurückhaltend gegen dasselbe verhalten, weil der tägliche Regen auch den Verlauf des Festes zu gefährden schien; aber seitdem am 5. der Himmel sich klärte, änderte sich auch die Stimmung des Publikums, und auf dem Festplatz waren am 7., Nachmittags, wohl an 5000 Menschen versammelt, die freilich nicht alle ihre Plätze bezahlt hatten. Aber diesem Besuch entsprach auch die Rüstung, mit der Restaurateure &c. &c. in Buden und Zelten sich versehen hatten, und aus Mangel an Vorräthen brauchte Niemand Hunger und Durst zu leiden. Dabei erschwerte zwar Anfangs die Menge die Gemüthlichkeit des Beisammenseins, doch als man in kurzer Zeit sich eingerichtet hatte, fühlten Alle und namentlich die Sänger sich bald recht wohl und heimisch in dem bunten Gewimmel. (Brb. Z)

Frau Mathilde.

„Ihr Götter, schützt mein Kind, Mathilde!"

„Heine war ein Deutscher, aber von seinem Vaterlande verbannt; von Sympathie war er Franzose und lebte in Paris. Es ist eine wunderbare Vollendung der seltsamen Antinomie, daß der Banquier von Hamburg, Salomon Heine, sein Vermögen einer Lady hinterlassen haben sollte, welche Pariserin ist, und welche bereits einen beträchtlichen Theil des Reichthums, den deutsche Industrie erworben, zur Linderung des von preußischen Waffen angerichteten Elends angewendet hat." In solcher Weise philosophirt der „Standard", das Leibblatt der englischen Konservativen. Wenn überhaupt die Tiefe des Denkens bei dem „Standard" weit zurücksteht hinter der Tiefe seines Deutschenhasses, dem jede Waffe gerecht ist, so sind diesmal seine Betrachtungen auf ganz unwahrscheinliche, ja unwahre Voraussetzungen gegründet.

Es wird uns vom „Standard" zugemuthet, zu glauben, Salomon Heine, dessen Geiz durch seines Neffen Werke zu unsterblichen Ehren gelangt ist, habe der Wittwe seines Neffen „sein ganzes ungeheures Vermögen" hinterlassen; wir sollen glauben, Mathilde, deren Geiz zwar nicht unsterblich, aber deswegen nicht minder groß ist, habe unter die Wittwen und Waisen der französischen Soldaten eine Million von ihrer Erbschaft ausgetheilt; wir sollen glauben, Mathilde sei eine Pariserin, sei eine Lady, sei ein Ausbund von liebenswürdiger Weiblichkeit, Achtbarkeit, Frömmigkeit, Vaterlandsliebe! Nun, was die Vaterlandsliebe Mathildens, beziehungsweise ihren Deutschenhaß betrifft, so mag es damit seine Richtigkeit haben, da die Deutschen sie nie als Lady anerkennen wollten und da grade die deutschen Freunde des Dichters Alles aufgeboten hatte, um seine Heirath mit ihr zu hindern. Fromm mag Mathilde mit der Zeit leicht auch geworden sein, wie so manche ihrer älteren Schicksalsgenossinnen zu Paris, ja noch leichter, da Mathilde Crescentia Murat laut ihrem Taufzeugnisse gar keine Pariserin, sondern Bretonin, also eine Landsmännin des General Trochu ist.

Was aber ihre liebenswürdige Weiblichkeit und Achtbarkeit angeht, so sind wir zu höflich, um hierüber ein entschiedenes Urtheil abzugeben. Wir erzählen lieber von einer kleinen Begegnung, die wir unsers Erinnerns im Jahre 1867 mit Mathilden gehabt, und der Leser mag dann urtheilen, ob er Mathilde neben Petrarca's Laura, Dante's Beatrice, Tasso's Leonore reihen kann. Es war eine Busenfreundin der Dichter-Wittwe, die uns mit ihr zusammenführte, gleichfalls Wittwe eines pariser Deutschen, und zwar eines Mannes, der zu Paris und zu Berlin für den angenehmsten Plauderer und den geistreichsten Mann der Zeit gehalten worden war. Einen seltsameren Gegensatz als den zwischen diesen beiden Freundinnen kann man sich nicht denken: Neben der fetten, dabei aber beweglichen und stets leidenschaftlich sprechenden Mathilde eine zusammengeschrumpfte Zwergin, die eine Stunde lang nicht von dem Essen aufsah, das ihr vorgesetzt worden war, und die umsonst durch allerlei seidene Fetzen, die sie umgehängt, besonders durch einen phantastischen Hut, mit einem riesigen Papagei darauf, und durch eine Unzahl Ringe an den dürren Fingern ihr Elend zu verstecken suchte. Wenn ich Mathilden von meiner und Anderer Verehrung für Heine sprechen oder überhaupt von Zeit zu Zeit die Rede auf diesen zurückführen wollte, schnitt sie mir immer kurzweg das Wort ab. Sie hatte eben viel wichtigere Dinge im Kopf.

Michel Levy hatte so eben einen Band hinterlassener Schriften und Briefe Heines herausgegeben, und Frau Mathilde war empört über die nach ihrer Ansicht zu geringe Entschädigung, die ihr der Verleger ausbezahlt hatte. Alle meine Einwendungen, daß der Preis doch nicht außer allem Verhältniß niedrig sei, prallten an dem Eigensinn des Weibes ab; sie wollte nicht darauf verzichten, einen Prozeß mit M. Levy anzufangen. Was sie aber am meisten erboste und zu endlosen, nichts weniger als akademischen Schimpfreden hinriß, war der Inhalt einiger Briefe in dem Buche. Heine schrieb da unter Anderm an einen deutschen Freund, er wolle endlich sein altes Verhältniß zu Mathilden durch eine bürgerliche Heirath regeln. Roth vor Zorn, kreischte Mathilde, Heine könne dies nicht geschrieben haben, diese Briefe seien falsch und zu ihrer Verunglimpfung von den Deutschen erfunden, denn sei sie mit Heine bis zu ihrer Heirath in keinem vertrauten Verhältniß gestanden; sie werde J. Favre zum Advokaten nehmen und nicht ruhen, bis der Fälscher und Verleumder bestraft sei. Es wäre unnütz gewesen, hiergegen ein Wort vorzubringen; ich warnte nur im Allgemeinen, den Namen des todten Dichters vor den Gerichten herumzuziehen, und begnügte mich schließlich, es so einzurichten, daß ich mit ihrer Freundin allein blieb, da ich dieser die Ungeduld ansah, trotz aller Freundschaft auszuplaudern, was sie wußte.

„So ist sie", rief dieselbe aus, als wir allein waren, „sie glaubt nicht blos, in Paris und in Deutschland kenne man ihr Leben nicht, sondern sie hat auch noch die Stirn, sich ihren alten Bekannten gegenüber als anständige Frau auszugeben. Wie oft ist sie zu uns gekommen, wenn der arme Heine, bestärkt durch den Rath seiner Freunde, seine Thüre ihr nicht mehr aufthun wollte, nachdem sie ihm wieder entlaufen und, wer weiß wo, herumgestrichen war. Jetzt genügt es ihr nicht, daß sie Heine das Leben verbittert, ihn von der Gesellschaft ausgeschlossen hat; sie ist nicht zufrieden mit dem ihr gelassenen Jahresgehalt; sie will noch Skandal machen, um mehr Geld zu erringen; sie beutet noch den Namen des todten Dichters aus" u. dgl. Die Philippika der Freundin hatte erst ein Ende, als sie sich erinnerte, daß es Zeit sei, einen Freund ihres verstorbenen Mannes aufzusuchen, der ihr versprochen habe, im Namen des Letzteren „etwas für sie zu thun."

Wie mir zu Muthe war nach dem Gespräch mit diesen Weibern, die den Namen zweier der genialsten Deutschen ihrer Zeit trugen, brauche ich nicht zu schildern. Die Götter hat Heine auf seinem Schmerzenslager angerufen um Schutz für Mathilde; und jetzt soll sein Name von dieser vor dem deutschen Vaterland gebrandmarkt werden! Aber wie gesagt, wir können an Mathildens That, die dem „Standard" so sehr gefällt, schon deswegen nicht glauben, weil ihr die Mittel dazu fehlen. Sie lebt, wenn uns die Erinnerung nicht täuscht, von einem Jahresgehalte in der Höhe von 6000 Franken. Wie sie dazu kam, darüber wurde mir zu Paris eine Anekdote erzählt, die wahr sein könnte. Als das Testament Heinrich Heines in Gegenwart Salomon Heine's und einiger hervorragender Gelehrten und Schriftsteller von Paris eröffnet wurde, fand sich eine Klausel, ungefähr folgenden Inhalts: „Für meine Frau Mathilde brauche ich keine Verfügung zu treffen, da mein Oheim Salomon Heine mir bei Lebzeiten oft und feierlich versprochen hat, derselben ein Jahrgehalt von 6000 Francs auszusetzen. „Gewiß, hätte der Dichter das lange Gesicht seines geizigen Oheims sehen können, der in Anwesenheit der Zeugen keine Einsprache zu erheben wägte, er hätte sich vor Lachen noch im Grabe umgedreht. („Presse".)

---

* **Nach den letzten Volkszählungs-Resultaten** finden sich im preußischen Staate an fremden Nationalitäten: Litthauer, Polen, Czechen, Wenden, Wallonen und Dänen, und zwar Litthauer in den Regierungsbezirken (Gumbinnen und Königsberg, Polen in den Regierungsbezirken Gumbinnen, Königsberg, Danzig, Marienwerder, Köslin, Bromberg, Posen, Oppeln und Breslau, Czechen in den Bezirken Oppeln und Breslau, Wenden in Liegnitz und Frankfurt, Wallonen im Regierungsbezirk Aachen und Dänen im Bezirk Schleswig. Ohn heute schon die detaillirten Ziffern der einzelnen Nationalitäten gebe zu können, rekapituliren wir als gerade in der jetzigen Zeit des kirchlichen wie des Nationalitätenstreites, daß nach der Zählung von 186 im preußischen Staate 146,800 (0,61 pCt.) Litthauer lebten, 2,432,000 (10,14 pCt.) Polen, 50,000 (0,21 pCt.) Czechen, 83,000 (0,35 pCt.) Wenden, 10,400 (0,04 pCt.) Wallonen und 145,000 (0,60 pCt.) Dänen. Es versteht sich von selbst, daß die in Preußen lebenden Angehörigen fremder Staaten hier nicht in Betracht gezogen sind.

die Feldarmee 385,000 M. Infant., 48,000 M. Kav. und 1284 Geschütze,
die Besatzungstruppen 115,200 M. Infant., 7200 M. Kavallerie, 34,600 M. Festungsartillerie und 162 Geschütze,
die Ersatztruppen 122,500 M. Infant., 15,200 M. Kavallerie und und 246 Geschütze.

Die Verpflegsstärke nach einer Berechnung im Monat August 1870 betrug 982,064 Mann mit 209,403 Pferden.

Die Gesammtleistung Baierns stellte sich nach derselben Berechnung auf 128,964 Mann und 24,056 Pferde, die Gesammtstärke Württembergs auf 37,180 Mann und 8876 Pferde, die Badenschen Truppen auf 35,181 Mann und 8038 Pferde. Die Totalsumme der deutschen Streitkräfte im Monat August nach der Verpflegsstärke war daher (mit Ausnahme der Marine) 1 Million und 183,389 Mann mit 250,373 Pferden.

— Ueber die Polen im Auslande wird der „Krz. Ztg." aus Posen, 15. Juli geschrieben:

Bei dem Bankett, welches neulich in Zürich zur Feier des 36. Jahresfestes der Unabhängigkeit Nordamerikas veranstaltet worden war, brachte Graf Wlad. Plater, das Haupt der Polen in der Schweiz, folgenden Toast aus: „Die Sache der Freiheit und Unabhängigkeit ist die Sache aller zivilisirten Völker und eng verbunden mit derjenigen, welche Polen repräsentirt. Es zeugt davon das Blut Polens, welches durch dessen Helden in Amerika vergossen worden ist (bekanntlich kämpfte Kosciuszko für die Unabhängigkeit Nordamerikas.) Dieses Blut ist das Bindemittel zwischen beiden Ländern und es muß einst eine Zeit der Dankbarkeit und Vergeltung für diesen Akt einer edlen Solidarität kommen. So wie heute vor uns die Fahnen freier Völker wehen, so wird bei ihnen auch einst die Fahne der Unabhängigkeit Polens wallen. Es lebe die Freiheit und Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten Amerikas, welche eine bessere Zukunft des polnischen Volkes verkündet!" Wie man sieht, klammern sich gegenwärtig die Polen, seitdem die Freundschaft mit den Franzosen durch den letzten Krieg und die Ereignisse der Pariser Kommune einen ganz außerordentlichen Stoß empfangen hat, sogar an die nordamerikanischen Freistaaten, als den letzten Hoffnungsanker! — In New-York erscheint seit Anfang d. J. eine polnische Zeitung unter dem Titel „Swoboda" (Freiheit.) Der Redakteur derselben heißt Graf Peter v. Wodzicki. Aus dem Annoncentheile dieser Zeitung ersieht man, daß es in New-York bereits zwei polnische Apotheker, einen polnischen Rechtsanwalt, mehrere polnische Weinhändler, Restaurateure und Gastwirthe giebt. Auch existirt dort ein polnischer Gesangverein, die „Lutnia", so wie eine polnisch-nationale Verbindung. Es ist dies Alles wohl ein Beweis dafür, daß das polnische Element in New-York einen nicht mehr geringen Bruchtheil der Bevölkerung bildet. Die Anzahl der Polen in den Vereinigten Staaten beläuft sich bereits auf etwa 100,000. In Frankreich haben wegen der Vorfälle während der Herrschaft der Pariser Kommune bis jetzt 47 Polen vor den Kriegsgerichten gestanden; davon wurde die Hälfte wegen mangelnder Beweise freigesprochen, 19 dagegen wurden verurtheilt, und 7 mit dem letzten Transport nach Kaledonien, 2 nach Cayenne geschafft. Die Anzahl der polnischen Emigranten in Frankreich beträgt gegenwärtig 3018, von denen 1164 Unterstützungen seitens der Regierung erhalten; davon leben in Paris 298, in den Provinzen 866; die Anzahl sämmtlicher polnischer Emigranten in Paris beträgt 863. Die Unterstützungen, welche den Emigranten seitens der Regierung für dieses Jahr zu Theil werden, belaufen sich auf 500,000 Frcs.; davon erhalten die meisten der Unterstützten jährlich 3—500 Frcs.; die niedrigste Unterstützungssumme beträgt 180 Frcs., die höchste 4800 Frcs.

— Bei der großen Jugend unserer deutschen Flotte, bei den wenigen Kämpfen, in denen sich zu versuchen sie bisher Gelegenheit hatte, dürfte die kleine, schon mehrfach von uns erwähnte Plänkelei unserer Kriegsschiffe „Vineta" und „Gazelle" mit der Regierung von Hayti in einer ausführlicheren Schilderung nicht uninteressant sein. Wir lassen solche nach der heutigen „Wes. Ztg." nachstehend folgen. Dieselbe schreibt:

Der „Gleaner" ein in Kingston, Jamaika, erscheinendes Blatt, berichtet aus Port au Prince Folgendes: Am 11. Juni bei Tagesanbruch erschienen die deutschen Kriegsschiffe „Gazelle" und „Vineta" in der Bay und warfen Anker. Man erfuhr bald, daß ihr Ziel sei, die Zahlung gewisser Forderungen, die deutsche Bürger gegen die Republik erhoben haben, zu erzwingen. Um 9 Uhr sandte der Kommandeur des Geschwaders, Kapitän Batsch, direkt an den Minister des Aeußern folgendes Schreiben: „Sr. Maj. Dampfer „Vineta", Hafen von Port au Prince, 11. Juni 1872. Herr Minister! Ich bin beauftragt von der Regierung meines Herrn, des Kaisers von Deutschland, von Ew. Exz. Regierung die Regulirung der Entschädigungsforderungen deutscher, in dieser Republik lebender Unterthanen für Nachtheile und Verluste zu verlangen, die sie unter dieser sowohl, wie unter der vorhergehenden Regierung erlitten haben. Die Summe der von den Herren Dieckmann und F. Stapenhorst vorgebrachten Entschädigungsforderungen beträgt 3000 Pfd. Sterl., und diese Summe, verlange ich, muß heute vor Sonnenuntergang bezahlt sein. Wenn Ew. Exz. keine zusagende Antwort schicken bis zu der bezeichneten Zeit, so sehe ich mich genöthigt, diejenigen Maßregeln zu ergreifen, die ich für zweckdienlich halte. Ich zeichne Batsch, Kommandeur des Geschwaders." — Nachmittags fünf Uhr, nachdem der Präsident eine außerordentliche Sitzung der Nationalversammlung berufen hatte, ging folgende Antwort an Kapitän Batsch ab: „Auswärtiges Amt, Port au Prince, 11. Juni 1871. Herr Kapitän! Ich habe die Ehre gehabt, Ihre Depesche vom heutigen Tage zu erhalten, in welcher Sie mir anzeigen, daß Sie von der Regierung Sr. Maj. des Kaisers von Deutschland beauftragt sind, von dieser Regierung die Regulirung der Entschädigungsansprüche deutscher in dieser Republik lebender Unterthanen für Nachtheile und Verluste, die sie unter der früheren Regierung im Belaufe von 3000 Pfd. St. erlitten haben, zu verlangen. Wie der Kommandeur Sr. k. M. Dampfer „Gazelle" bezeugen kann, habe ich im Augenblicke, wo die Ansprüche von Herrn Dieckmann mir vorgelegt worden sind, eine Kommission niedergesetzt, um über deren Begründung zu berichten. Das Resultat ihrer Arbeit ist dem Konsul für Deutschland mitgetheilt. Was die Ansprüche des Herrn F. Stapenhorst, Kaufmann in Cap Hayti, betrifft, so finde ich, daß dieselben sieben Jahre zurückgehen und ich ersuche Sie, mir jede Auskunft, die Sie etwa haben oder noch erlangen werden, mitzutheilen, wie ich meinerseits durch angemessene Untersuchung mich bemühen werde, zu einer richtigen Würdigung der Forderungen zu gelangen. Meine Regierung bedauert, Herr Kapitän, daß Sie es passend befunden haben, Ihr Ersuchen um Regelung dieser Entschädigungsansprüche in Form eines Ultimatums zu kleiden, u. sie giebt sich gern der Hoffnung hin, daß Sie ihren Wunsch theilen werden, die Sache freundschaftlich beizulegen. Genehmigen Sie ꝛc. L. Etheart. — Gleich nach Empfang dieses Schreibens dampfte der deutsche Commandeur nach Point Lamartine hinaus und kehrte um 6 Uhr nach seinem Ankerplatz zurück. Eine Stunde später trafen mehrere Böte mit Mannschaften von den haytischen Kriegsschiffen „L'Union" und „Mont Organise" ein und brachten die Nachrichten, daß ihre Schiffe von den Preußen besetzt seien. Nun wurde die Aufregung allgemein. Haufen von Menschen eilten an die See. Generäle schimpften auf die Preußen, zerlumpte Soldaten liefen hin und her. Die Regierung schien in's Schwanken zu kommen und mehr eine revolutionäre Bewegung als die Drohungen der Deutschen zu fürchten. Ueberall in der Stadt wurden Wachen aufgestellt, jeder schien einen Aufstand zu erwarten, einer klagte den anderen an. Der Präsident, das Ministerium, die Kammern, die Preußen wurden heruntergemacht. In seiner Noth ließ der Präsident das diplomatische Corps bitten, an der Berathung des Ministeriums Theil zu nehmen. Um 11 Uhr Nachts trafen der englische Gesandte Mr. Spencer St. John, der amerikanische Minister Mr. Bassett und der französische Generalkonsul Graf Lemont zu Pferde von ihren Landsitzen im Nationalpalast ein, um mit der Regierung in geheime Berathung zu treten, die jedoch so wenig geheim war, daß Jedermann freien Zutritt hatte. Der englische Gesandte machte seiner Verstimmung in derben Flüchen über das barbarische Verfahren der Preußen Luft, obwohl grade er zu der Entschädigungsforderung des Herrn Stapenhorst durch das Bombardement von Kap Haitien durch den „Bulldog" im Jahre 1865 die Veranlassung gegeben hatte. Auch der französische Diplomat erging sich gegen Herrn v. Bismarck, während Mr. Bassett, der amerikanische Gesandte, rund heraus erklärte, daß er die Ansichten seiner Kollegen nicht theilen könne. So überstürzt die Aktion des deutschen Commandeurs auch sein möge, so solle die Regierung bedenken, daß er völkerrechtlich dazu völlig berechtigt sei. Es sei einfache Zwangsmaßregel, um die Regulirung von Entschädigungsforderungen herbeizuführen, von denen die haytische Regierung die eine sieben, die andere drei Jahre habe überliegen lassen. Der Minister Rameau schlug dann vor, aus den verschiedenen Forts die deutschen Kriegsschiffe beschießen zu lassen, der Präsident jedoch und die anderen Minister hielten Vorsicht für den besseren Theil des Muthes und entschlossen sich, zu zahlen. Mr. Hartmann, ein Deutscher, der Rothschild von Hayti, wurde beschickt, und dieser erklärte sich bereit, den Betrag vorzuschießen und an Bord der „Vineta" eine friedliche Beilegung herbeizuführen. Um Mitternacht begab er sich an Bord und am nächsten Morgen beruhigte ein Austausch von Salutschüssen die erregten Gemüther. Die Angelegenheit entwickelte sich so rasch, daß die Börse nicht einmal Zeit fand, die Wirkung zu verspüren. Der Cours steht nach wie vor auf 320 haytische Dollars für einen Dollar Gold. Am 14. Juni kam die Sache vor die Kammer. Es wurde weidlich auf die Preußen geschimpft. Da erhob sich der Deputirte Dunbar und sagte: „Was soll es nützen, auf die Preußen zu schimpfen? Wir verdanken unsere Demüthigung unserem eigenen Ministerium. Hätten wir nur einen Preußen, der für uns die Sache in Ordnung brächte." Was darauf die Kammer in geheimer Sitzung beschlossen hat, ist noch nicht bekannt.

— Man schreibt dem „Frkf. Journ." von hier:

Es taucht das Gerücht auf, der Finanzminister Camphausen sei gesonnen, nach Wiedereröffnung der Landtagssession dem Abgeordnetenhause eine Vorlage bezüglich des Wegfalls der Zeitungssteuer zu machen. Unterrichtete Personen setzen hinzu, dieser Steuerreform-Entwurf schließe solche Vorlagen nicht aus, die, ähnlich der vorjährigen, eine Entlastung der ärmeren Volksklassen bezwecken. Notorisch ist, daß der Finanzminister Willens war, schon bei Beginn der jetzt vertagten Session die Aufhebung der Zeitungssteuer durchzusetzen. Er wurde, wie erzählt wird, noch in letzter Stunde im Staatsministerium überstimmt und richtete hiernach seine bekannte Steuervorlage ein, die ihm eine Niederlage einbrachte. Möglich, daß mit der Zeitungssteuer gleichzeitig der Kalenderstempel fällt. Beide Steuern, gleich irrationell, haben als solche an Camphausen niemals einen Fürsprecher gehabt. Es steht vorerst nichts weiter als ein ministerielles Projekt in Rede, das ins Wasser fällt, wenn abermals der Ministerrath den Minister Camphausen nicht gewähren läßt, und wenn somit dem Finanzminister Wege angewiesen werden, die ihm wenig zusagen. Allein einer Niederlage wie der letzten kann der Finanzminister schlechterdings sich nicht noch einmal aussetzen, er geräth sonst mit allen seinen Berechnungen in die Brüche und läuft Gefahr, im Geld zu ersticken. Bis zur Kammereröffnung wird Frankreich 500 Millionen Francs gezahlt haben. Von dieser Summe entfällt ein erheblicher Bruchtheil auf Preußen, und das denkbar irrationellste wäre, bei Fortdauer der alten Steuerlast faktische Ueberschüsse lagern zu lassen. Die „Provinzial-Correspondenz" bekam neulich das Gruseln vor der Hereinfluthung der Milliarden. Das Gruseln kann sie los werden, wenn sie einer gründlichen Steuermäßigung das Wort redet.

— Prof. Dr. Waitz in Göttingen erklärt jetzt öffentlich, daß im Februar d. J. eine Anfrage an ihn wegen Uebersiedelung an die Berliner Universität ergangen sei, er aber seitdem Nichts mehr davon vernommen. Auch über seine etwaige Theilnahme an der Herausgabe der Monumenta wisse er nichts Näheres.

— Im Gefängnisse zu Ragnit soll sich ein zum Tode Verurtheilter befinden, der schon seit 1½ Jahren die Entscheidung über das Urtheil abwartet. (!)

Danzig, 14. Juli. Gegen das wider den hiesigen Vikar v. Felstow wegen Kanzelmißbrauchs gefällte Urtheil hat sowohl der Verurtheilte als der Staatsanwalt appellirt. Letzterer will das Vergehen mit Gefängnißstrafe (der Gerichtshof hatte auf Festungshaft erkannt) geahndet wissen. — Hr. Oberbürgermeister v. Winter ist gestern in Gemeinschaft mit Hrn. v. Forckenbeck nach Berlin gereist, um daselbst die näheren Schritte betreffs des Denkmals Friedrichs des Großen und der weiteren Veranstaltungen für die Marienburger Säkularfeier zu unternehmen.

Essen, 15. Juli. Der Strike der Bergleute im hiesigen Bezirke wird fortgesetzt. In den gestern und vorgestern abgehaltenen Versammlungen der einzelnen Zechenbelegschaften, in welchen überall dieselben Redner auftraten, ist der Beschluß gefaßt worden, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen, bevor Seitens der Gewerkschaften die bekannten Forderungen bewilligt seien. Die bisherigen Opfer der Bergleute, so wurde hervorgehoben, würden umsonst gebracht sein, wenn man jetzt nicht ausharre bis zum Aeußersten, um zum erhofften Siege zu gelangen.

Aus Baiern, 9. Juli. Eine Abart der Jesuiten hat Baiern an den Redemptoristen. In dem altberühmten Wallfahrtsorte Altötting hausen ca. 40 Mitglieder dieses Ordens, die bisher jedes auffällige Auftreten vermieden. Nach einer Mittheilung der „B. L.-Ztg." hat jedoch kürzlich der dortige Pater Rektor in einer Predigt gelegentlich einer Primizfeier die Würde des Priesterthums in einer Weise verherrlicht, die selbst manchen der bäuerlichen Zuhörer aus jener kohlschwarzen Gegend, denen man doch sonst ziemlich stark aufzutragen wagen darf, sichtlich stutzig machte. Der Redner verstieg sich nämlich zu einer geradezu gotteslästerischen Aeußerung, indem er die Behauptung, daß der katholische Priester das Erhabenste sei, was es auf Erden gebe, u. A. auf den Beweisgrund stützte, daß derselbe vermittelst des Meßopfers eine solche Macht habe, daß er Gott gebieten könne, in seine Hände herabzusteigen. (O monumentum insaniae in aeternum!) Es ist dieses Muster einer Kanzelrede ein würdiges Seitenstück zu einer seinerzeit von einem Diener Christi im Algäu gehaltenen Predigt gleichen Inhalts.

Oesterreich.

Wien, 14. Juli. Die österreichische Presse in Cis- und Transleithanien ist in ihrer Haltung gegen das deutsche Reich in seltenem Grade schwankend und unberechenbar. Wenn sie heute von Freundschaftsversicherungen überfließt, so stoßen wir den andern Tag sicherlich auf irgend eine Gehässigkeit, und davor sind wir kaum in einem der großen österreichischen Blätter sicher, es mag einer Partei angehören, welcher es will. So finden wir jetzt wieder im „Pester Lloyd", einem Blatte, das notorisch häufig offiziös inspirirt wird, einen widerwärtigen Erguß über die preußische Regierung und das aus Anlaß des neuen Werkes des großen Generalstabs, dem der wunderbare Vorwurf gemacht wird, daß es in erster Linie den militärischen Standpunkt hervorkehrt. Es heißt in diesem Leitartikel:

Das Eine ist uns durch die Arbeit des preußischen Generalstabes, diunter Oberleitung des Grafen Moltke angefertigt worden, bis zur Evidenz deutlich geworden: die Hebel und Tendenzen, die bei der Hebung der Kaiserkrone aus dem Kyffhäuser thätig und maßgebend gewesen, schließen fast jede Sympathie für das neue Reich — außer bei Denen, die bei seiner Begründung unmittelbar profitirten und direkt daran mitarbeiten halfen — unbedingt aus. Nicht blos dem Militär, nein auch dem Laien wird durch das Buch ein großartiger Blick geboten in die kolossalste Organisation der Welt, „wo ein Faden tausend Fäden regt, wo ein Schlag tausend Verbindungen schlägt." Der Politiker aber kann in der Einleitung, in dem Ueberblicke der diplomatischen Vorereignisse noch viel, viel mehr lernen. Mit Aengstlichkeit wird da jeder andere Hebel, außer den Mitteln, die ein gewaltiger, musterhaft organisirter Militärstaat, eine starr disziplinirte und wohlgedrillte Bevölkerung bieten, als ganz außer Frage stehend zurückgewiesen. Von sittlichen Faktoren, von einem nationalen Aufschwunge auf deutscher Seite, von einer Depravation, in welche das Kaiserthum die Bevölkerung Frankreichs gestürzt, weiß der Generalstab nichts, will er nichts wissen. Im Gegentheile, leidenschaftlich wird Partei ergriffen für Alles, was in geistiger, politischer, religiöser Beziehung urreaktionär erscheint; mit Heftigkeit gegen jedes Argument zu Felde gezogen, das so gedeutet werden könnte, als müßten die Folgen der deutschen Waffensiege der Freiheit zu Statten kommen. Kurz, nunmehr ist es offiziell: Deutschland soll nur ein Militärstaat im Großen sein, wie Preußen es im Kleinen war."

An einem von den Leitern des Militärwesens verfaßten Werke eine solche Kritik mit hohlen demokratischen Phrasen zu üben, das ist entweder absurd oder perfid. Es ist aber gut, von Zeit zu Zeit derartiges hervorzuheben, damit man sich nicht einbildet, Freunde zu besitzen, wo man in Wahrheit keine besitzt.

Frankreich.

Das „Journal des Débats" bringt eine Korrespondenz aus Ems über die Einweihung des Steindenkmals. Dieselbe ist mit einer Objektivität, ja mit einer Wärme für den großen deutschen Staatsmann geschrieben, wie man sie einem französischen Beurtheiler kaum zutrauen würde, am allerwenigsten im gegenwärtigen Augenblicke. Der Korrespondent zieht eine Parallele zwischen Preußen nach 1806 und Frankreich nach 1871, zwischen Stein und Thiers, wobei er deutlich genug durchfühlen läßt, daß der Vortheil auf Steins Seite sei. Was uns aber mehr interessirt, ist die ausdrückliche Hervorhebung, daß „dies zu Ehren des unversöhnlichsten Feindes des Frankreich von 1812 veranstaltete Fest in keiner Beziehung einen Charakter der Feindseligkeit gegen das Frankreich von 1872 getragen habe". „Nicht eine einzige Anspielung auf Frankreich", heißt es an einer anderen Stelle, „hat das ganze Fest in seinem liberalen und nationalen Charakter beeinträchtigt." Die Leser des „Journal des Débats" und die Franzosen überhaupt werden gut thun, diese Bemerkungen mit dem Passus zu vergleichen, wo der Korrespondent von der Feindschaft erzählt, mit welcher Napoleon I. den Freiherrn v. Stein bedachte. „Aus dem Innern Spaniens heraus heißt es da, „schleuderte Napoleon ein Verbannungsdekret gegen „einen gewissen Stein" — ungefähr ebenso, wie wenn Fürst Bismarck heutzutage „einen gewissen Thiers" aus Frankreich ausweisen wollte." Wir haben dieser Charakteristik des Unterschiedes zwischen dem Sieger von 1806 und dem von 1870—71 nichts hinzuzufügen.

Das am 14. in Paris zur Feier des Jahrestages der Erstürmung der Bastille von mehreren republikanischen Mitgliedern des Gemeinderaths vorbereitete Bankett ist von der Militär-Behörde verboten worden. In Lyon, wo ebenfalls der Belagerungszustand herrscht, erfolgte ein analoges Verbot und das Festmahl wurde durch ein Konzert im Alkazar ersetzt, welches stark besucht war, aber ohne jegliche Störung verlief. In Bordeaux stark besuchtes Bankett und großer republikanischer Enthusiasmus. In Marseille, Nimes, Avignon und andern Städten beschränkten sich die Präfekten auf die Anordnung, daß den Banketten und sonstigen Festlichkeiten des Tages ein streng privater Charakter gewahrt bleiben müsse. Nach Saumur war Louis Blanc als Festredner eingeladen; er schrieb jedoch ab, bedauerd, schon für einen Kreis von Pariser Freunden, die sich zu demselben Zwecke vereinigen würden, versagt zu sein. Der Brief des Herrn Louis Blanc, der aus diesem Anlaß einen Blick auf die heutige Situation wirft, ist sehr maßvoll gehalten und diese Stimmung der Befriedigung und Versöhnlichkeit dürfte auch in den Reden allgemein die vorherrschende gewesen sein. In La Ferté-sous-Jouarre, wohin der Name Gambetta's eine Tischgenossenschaft von etwa 500 Personen, darunter aber nur einen einzigen Abgeordneten, Herr Challemel-Lacour, angelockt hatte, legte sich der Himmel statt der Behörde ins Mittel; der Regen floß in Strömen, als die Festgäste auf dem Bahnhofe eintrafen, von wo sie noch zu Fuß einen etwa halbstündigen Weg nach den barackenartigen Zelten zurückzulegen hatten, unter denen das brüderliche Mahl eingenommen werden sollte. Durchnäßt und von dem Marsche nicht wenig angegriffen, traf Herr Gambetta in Begleitung seines ganzen Generalstabes (Allain-Targé, Spuller, Ranc, „General" Bordone, Nadaud u. s. w.) kurz nach 12 Uhr in La Ferté-sous-Jouarre ein; die Bevölkerung des Ortes verhielt sich ziemlich indifferent, doch waren der Maire und der Adjunkt dem Gaste zum Bahnhofe entgegengegangen. Man setzte sich sogleich zu Tische, wo indeß lange nicht ein Jeder sein Couvert fand; nach dem Dessert nahm erst der Maire, Herr Rousselle, zu einer kurzen Ansprache und dann Herr Gambetta zu einem etwa eine Stunde währenden Vortrage das Wort. Zweimal wurde der Redner durch das Geräusch der Regengüsse und die Verwirrung, welche das in die Baracke eindringende Wasser in der Zuhörerschaft hervorrief, gezwungen, abzubrechen; ein drittes Mal bewirkte die Einsprache eines biedern Epiciers von La Ferté (der „Corsaire" denunzirt ihn als den Lieferanten des Ortspfarrers) eine Störung, da die übereifrigen Verehrer des Redners den „Mouchard" an die Luft setzen wollten und Herr Gambetta selbst für das Recht der „freien Unterbrechung" eintreten mußte. Im Uebrigen erntete der Vortrag den obligaten enthusiastischen Beifall.

Im Eingange bedauerte Herr Gambetta, daß noch jetzt, nachdem beinahe ein Jahrhundert über den ersten großen Akt der Revolution von 1789 vergangen, das Vereinsrecht in Frankreich nicht gegründet und Paris selbst außer Stand gesetzt sei, den denkwürdigen Tag festlich zu begehen. Indem er dann über das Ereigniß, welches den Gegenstand der Feier bildete, mit wenigen Worten hinwegglitt, ging er sogleich zu einer Polemik gegen die noch heut nicht überwundenen Mächte über denen schon damals der Kampf gegolten hätte, gegen den Klerus und die Aristokratie. Diesen freiheitsfeindlichen Elementen müsse als Schild das Recht, die Arbeit, die Volkserziehung entgegengehalten werden. Vergebens suchten die Gegner aber jetzt, da es gelte, die Sünden der Vergangenheit mit schwerem Lösegeld zu büßen, die Verantwortlichkeit für den Krieg von der Monarchie abzuwälzen; diese sei es, welche 1789 wie 1870 Frankreich an den Rand des Abgrundes und Bankerutts gebracht hätte. Darum bleibe es nicht minder eine patriotische Pflicht für Jeden, seinen Theil an der allgemeinen Last zu übernehmen und nach Kräften zu dem Erfolg der bevorstehenden Anleihe mitzuwirken. Nach manchen anderen Abschweifungen (zu Gunsten einer Amnestie, der allgemeinen Wehr- und Schulpflicht u. s. w.) schloß der Redner:

Die republikanische Partei muß sich von einem Ende des Landes zum anderen die Hand reichen, ihre Lehren auseinandersetzen und beweisen, wie schmählich man die Revolution und ihre Anhänger verleumdet, wenn man sie als Feinde des Eigenthums hinstellt. Wie? Sie wären Feinde des Eigenthums während doch im Gegentheil das individuelle, das Jedermann zugängliche Eigenthum recht eigentlich eine Errungenschaft der Revolution ist, vor ihr weder rechtlich noch thatsächlich existirte und erst durch sie von allen Fesseln der Feudalität und Eroberung befreit worden ist. Vom Taubenschlag bis zum Backofen, vom Gemüsegarten bis zum Walde und Acker wurde Alles durch die Revolution befreit, sie schuf in Wahrheit nicht den Eigenthümer, aber das Eigenthum. Und diese Partei beschuldigt man, daß sie das Eigenthum bedrohe! Vergessen wir freilich nicht, daß das Eigenthum von anderer Seite Gefahr läuft: wenn man es nämlich durch Abhängigkeit von dem Willen eines Einzigen korrumpiren oder der

(Fortsetzung in der Beilage.)

brutalen Gewalt Preis geben will. Wir aber wollen, daß das Eigenthum Allen zugänglich sei. Mit einer großmüthigeren und billigeren Vertheilung der Löhne und der Lasten muß die Ansammlung der Ersparnisse, die unabläßige, tägliche Eroberung des Kapital-Terrains angebahnt, das Kapital, wie es die große Revolution sich zum Ziele setzte, der großen Menge zugänglich gemacht werden. Denn im Sinne der Revolution ist das Eigenthum eine sittliche so gut wie materielle Bedingung der Freiheit der Gesellschaften und der Würde ihrer Bürger. Jetzt sage man noch, daß wir Feinde des Eigenthums sind. Ich könnte noch alle boshaften Unterstellungen und Sophismen unserer Gegner bloslegen, aber für heute sei es genug und ich rufe Ihnen zum Abschiede noch zu: Mögen Ihre Reden, Ihre Zusammenkünfte, Ihre Behauptungen ein Werkzeug der Belehrung und Bekehrung sein! Was mich betrifft, so werde ich mich reich belohnt fühlen, wenn meine Worte auf fruchtbaren Boden gefallen sind und Sie mich von Zeit zu Zeit einladen, wiederzukommen. Es lebe die Republik!

Unter diesem Rufe und Lebehochs auf Gambetta ging die Versammlung auseinander.

Wie von wohlunterrichteter Seite versichert wird, dürfte nächstens Henri Rochefort statt deportirt, einfach verbannt werden und dann nach Belgien kommen. Seine Freunde erwarten ihn hier. Die Regierung dürfte schwerlich seinem Aufenthalte etwas in den Weg legen, sofern er sich ruhig verhält. Es halten sich hier mehrere hundert französische Kommunards auf; die Polizei drückt ein Auge zu, so lange sie zurückgezogen leben und sich namentlich nicht mit den hiesigen Internationalisten einlassen.

Vor einem von dem Marschall Baraguay d'Hilliers präsidirten Kriegsgerichte, welchem außer diesem noch die Marschälle Mac-Mahon und Canrobert und die Divisionsgenerale Mettmann, Tixier, de Preuil und Abbatucci angehören, begann am 15. in Lyon der Prozeß gegen den Ex-General Cremer und Hrn. Wieczffenski, genannt de Serres, wegen willkürlicher Tödtung des Krämers Arbinet in Dijon.

In Brest haben in den letzten Tagen, in Folge skandalöser Gerüchte, lebhafte Demonstrationen gegen die Jesuiten stattgefunden. Gestern Abend kam es sogar zum Einschreiten der bewaffneten Macht und zu Verhaftungen. Eine Proklamation des Maire fordert die Bürger zur Ruhe auf, mit dem Bemerken, daß die Gerichte mit der Angelegenheit befaßt seien.

Der Polizei-Präfekt hat strenge Befehle Betreffs der Ueberwachung der Aushängeschilder gegeben. Es scheint, daß man in den letzten Jahren die Polizeiverordnungen, denen zufolge für jedes Aushängeschild erst die polizeiliche Ermächtigung eingeholt werden muß, nicht mehr beobachtete und in Folge dessen eine Masse dieser Schilder ganz aufrührische Inschriften führen, wie z. B. eines in der Rue Mouffetard, auf dem zu lesen ist: „Au souvenir de Rossel."

Spanien.

Während die Nachrichten aus den baskischen Landen nichts Mittheilenswerthes enthalten, als daß der General Moriones die Frist für die Waffenauslieferung und Begnadigung um drei Tage verlängert hat, werden aus Catalonien täglich kleine Zusammenstöße gemeldet, deren Ergebniß in einem Todten oder ein paar Verwundeten besteht. Castells befand sich mit 500 Carlisten nach den neuesten Berichten bei Ripoll, Estartus mit 250 Mann in San Pedro de Torello, Saballs in Rupit. Aus Sarria bei Barcelona ist eine Schar junger Leute ausgezogen, um zu der von den beiden Caudiraires befehligten Bande zu stoßen. Bei ihrem Abmarsche ließen sie im Kloster Montserrat nach feierlicher Messe ihre Fahnen weihen. So weiß die carlistische Esperanza mitzutheilen. Die Regierung dürfte sich doch veranlaßt sehen, gelegentlich nachzuforschen, wer in jenem Kloster die Fahnen einer hochverrätherischen Aufrührerbande weiht. Die Landbevölkerung wird durch Erpressungen und zuweilen auch Mißhandlungen und Todesdrohungen von den Rebellen so sehr in Schrecken gehalten, daß es den verfolgenden Truppen schwer fällt, zuverlässige Erkundigungen einzuziehen. In Aragonien scheint es ziemlich ruhig zu sein; daß aber Don Carlos auch auf diese Landschaft noch Hoffnungen setzt, ergiebt sich aus dem Umstande, daß er Gamundi zum Oberbefehlshaber seines Heeres und Polo zum General-Kapitän in Aragonien ernannt hat. Die Bewegung war von einem großen Theile der Presse seit ihrem Beginne als ein jesuitisches Machwerk bezeichnet worden. Das italienische Blatt „Fanfulla" bringt für diese Behauptung neue Belege. Der „Fanfulla" wird auf Grand konsularischer Berichte aus Marseille geschrieben, daß an die Pfarrer Südfranksreichs ein Rundschreiben gekommen sei, welches dieselben ermächtigt habe, die in den Opfertischen ihrer Kirchen eingehenden Beiträge für den Peterspfennig für die Monate Juni und Juli den Agenten von Don Carlos einzuhändigen. Ferner sei im Osten von Perpignan von den Carlisten ein Kastell in Pacht genommen worden, wo Rekruten einexerzirt, Kadres gebildet und Streitkräfte organisirt werden. Notorisch sei, daß der Lieferant der französischen Garnison auch die Bedürfnisse jenes Kastells besorgt habe. Von Foix werden täglich Maulthiere mit Lebensmitteln an die Grenze gesendet, in Carcassonne öffentliche Anwerbungen angestellt, wozu die Offiziere von Rom ausgeliefert werden

Italien.

Wie von guter Seite aus mitgetheilt wird, sind allerdings, was auch bereits im „P. L." angedeutet war, die Unterhandlungen zwischen der Kurie und Rußland gescheitert, aber nur in Bezug auf deren politischen Theil und zunächst auf die Zulassung eines Nuntius. Allein darum sind die Verhandlungen über die rein kirchlichen Verhältnisse in Polen noch nicht aufgegeben, sondern werden freilich mit sehr zweifelhaften Chancen einer beiderseitig genügenden Verständigung, fortgesetzt werden.

Großbritannien und Irland.

London, 15. Juli. In Paris ist so eben eine sehr interessante Broschüre des Herrn Catacazy, früheren russischen Gesandten in den Vereinigten Staaten von Amerika veröffentlicht worden. Bekanntlich wurde Catacazy von seiner Regierung aus Washingtou abberufen, da er zu persönlichen Mißhelligkeiten mit dem Präsidenten Grant und seinem Staatssekretär Hamilton Fish Anlaß gegeben haben sollte. Ueber die Streitigkeiten verlautet nichts Genaues. Man hörte jedoch, daß der Präsident und Mr. Fish jeden Verkehr mit dem Gesandten abgebrochen hätten. Die Abberufung Catacazy's verzögerte sich, da damals der Besuch des Großfürsten Alexis nach Amerika bevorstand. Sobald der Großfürst dem Präsidenten vorgestellt war, nahm Catacazy Urlaub und wurde bald darauf abberufen, ohne jedoch von seiner Regierung desavouirt worden zu sein. Er ging nach Petersburg und später nach Paris, wo er seinen bleibenden Aufenthalt gewählt zu haben scheint. Seine Broschüre ist in Form eines Briefes an den Oberrichter Chase, Präsidenten des höchsten Gerichtes der Vereinigten Staaten, gerichtet, welches nach amerikanischem Rechte „über Gesandte, Minister und Konsularvertreter auswärtiger Mächte" zu urtheilen hat. Catacazy vertheidigt sich in derselben gegen die Anschuldigung, welcher der Staatssekretär in amtlichen Dokumenten und durch die offiziöse Presse ihn bezichtigt hatte. Namentlich wendet er sich gegen den Vorwurf, daß er sich in die Alabama-Verhandlungen gemischt und zu Ungunsten Amerikas agirt hätte. Cataeazy schreibt: „An dem Tage, als ich Petersburg verließ, sprach Prinz Gortschakoff mit mir in Betreff der Verhandlungen zwischen England und den Vereinigten Staaten. Bedenken Sie, daß wir nicht Zwietracht zu säen haben. Enthalten Sie sich, das Mißverständniß zu vermehren, welches zwischen den beiden Staaten besteht. Der Kaiser wünscht keine böswillige oder zweideutige Politik; er wünscht Frieden und allgemeine Ruhe." Als ein Jahr später der Präsident dem Kongresse eine Botschaft übersandte, welche gegen England durchaus feindlich gesinnt war, rühmte sich ein amerikanischer Staatsmann, dessen Namen Catacazy verschweigt, der energischen Haltung, welche die amerikanische Regierung eingenommen habe. Catacazy entgegnete, er halte es für einen Fehler, daß die Vereinigten Staaten mehr fordern, als sie beanspruchen könnten. Ihr Verhalten entspräche den französischen comptes d'apothécaire. Auch seien derartige kaufmännische Kniffe einer großen Nation, wie der der Vereinigten Staaten, nicht würdig. Sie müßten keinen Unterschied weder zwischen England noch Dänemark machen. Die Botschaft des Präsidenten würde in Europa keinen Beifall finden. Ein Kampf zwischen England und Amerika sei ein allgemeines Uebel. „Der Kanzler Fürst Gortschakoff war mit meinem Verhalten durchaus zufrieden und schrieb mir offiziell, daß der Kaiser dasselbe durchaus billige." Man ersieht daraus, daß die russische Regierung bereits damals die Unhaltbarkeit der indirekten Forderungen einsah.

Rußland und Polen.

Petersburg, 12. Juli. Der „Reg.-Anz." veröffentlicht ein vom Kaiser bestätigtes und zur Ausführung befohlenes Gutachten des Reichsrathes über Ergänzung und Veränderung einiger bestehender Vorschriften für Preßangelegenheiten. Es handelt sich um die Einschränkung der Preßfreiheit, welche seit sieben Jahren in den beiden Hauptstädten Petersburg und Moskau Büchern von nicht weniger als 10 (Uebersetzungen von 20) Druckbogen in der Voraussetzung gewährt war, daß, wie es in der Einleitung heißt, sie ihrem Inhalte nach im Allgemeinen zur ernsten Literatur gehören würden, bestimmt für einen schon reiferen Verstand, und daß schon ihr Preis einer Verbreitung in die große Masse wenig gebildeter Leser eine Grenze setzen werde, ohne eben deßhalb eine bequeme Waffe für eine schädliche Propaganda zu sein. Aber aus allem, was dem Reichsrath zur Einsicht vorgelegt wurde, ist es ersichtlich, daß in den letzten Jahren neben vielen nützlichen Preßerzeugnissen auch mehrmalig Schriften ohne Zensur erschienen sind, welche die gefährlichsten Irrlehren zum Inhalt haben, welche die heiligen Religions-Wahrheiten in den Staub zu ziehen, die Begriffe der Sittlichkeit zu verdrehen und die Grundlagen aller staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung zu untergraben suchen. Sehr häufig ist in diesen Schriften direkt kein Paragraph des Strafgesetzbuches verletzt, so daß sie sich ungehindert verbreiten können. Und doch fehlt es nicht an ganz sicheren Beweisen daß man in vielen Fällen bei der Herausgabe solcher Bücher die bestimmte Absicht im Auge hatte, Irrlehren unter der lernenden Jugend zu verbreiten, zu welchem Zwecke manche Bücher, die einen recht bedeutenden Ladenpreis haben, durch die Herausgeber für den dritten oder vierten Theil ihres wirklichen Werthes in einer großen Anzahl von Exemplaren an Universitäten und Gymnasien versandt, oder auch an Personen übergeben wurden, welche die Verbreitung schädlicher Lehren zu ihrem Lebenszwecke gemacht haben." Aus diesen Gründen wird nunmehr Folgendes bestimmt:

Wenn die Verbreitung eines von der Präventivzensur befreiten Buches oder eines periodischen Werkes, das ohne Zensur seltener als einmal in der Woche herauskommt, dem Minister des Innern als besonders schädlich erscheint, so kann er, indem er vorläufig das Herauskommen des Werkes sistirt, darüber berichten und die endgültige Entscheidung des Minister-Komites einholen. Die Exemplare werden unverzüglich bei den Druckern, Herausgebern, Autoren, Uebersetzern, Redakteuren konfiszirt. Wenn aus dem mit Beschlag belegten Buche oder der Nummer einer periodischen Schrift ein Verbrechen ersichtlich ist, so kann unabhängig von der Konfiskation der Exemplare eine gerichtliche Verfolgung der Schuldigen angestrengt werden, in welchem Falle die Frage über die Verantwortlichkeit der Angeklagten durch das Gericht entschieden wird. Die Exemplare periodischer von der Präventivzensur befreiter Zeitschriften, die seltener als einmal wöchentlich erscheinen, müssen der kompetenten Behörde in Preßsachen vier Tage vor der Absendung an ihre Abonnenten zugestellt werden. Nicht periodische Werke, die ohne Präventivzensur gedruckt oder lithographirt werden, dürfen nicht früher als sieben Tage nach Empfang der Quittung über die gesetzmäßige Zahl eingesandter Exemplare in die Oeffentlichkeit kommen. Werke oder periodische Schriften, welche auf den eigenen Wunsch des Herausgebers oder Redakteurs der Durchsicht der Zensur vor ihrem Erscheinen unterworfen und von dieser gutgeheißen werden, können nicht mit Beschlag belegt werden.

Zu der internationalen Industrie-Ausstellung, welche bei der zweiten Säkularfeier Peter's des Großen in Moskau eröffnet worden, war von der russischen Regierung auch der Seminardirektor Dr. Köhler in Gotha dorthin eingeladen worden, der ein anerkannter Fachmann in Sachen der Kindergärten ist. Als die russische Kaiserfamilie das dortige Fröbelhaus besuchte, wurde der genannte Pädagoge vom Großfürsten Thronfolger in deutscher Sprache angeredet. Von Moskau reiste er nach Petersburg, wohin ihn die Großfürstin Katharina, die Protektorin verschiedener Erziehungs-Anstalten, beschieden hatte. In beiden Städten hat er übrigens mehrere öffentliche Vorträge über Kindergärten und Lehrerinnen gehalten.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Im Innern des osmanischen Reiches vollziehen sich große Umwälzungen, deren Folgen sich bald durch ihren Einfluß auf die auswärtige Politik äußern werden. Ein Korrespondent des „Journal des Débats" giebt uns darüber interessante Aufschlüsse. Hiernach sei die innere Politik des Ministeriums Mahmud-Pascha eine entschieden rückschrittliche, der europäischen Zivilisation im vollen Bewußtsein und systematisch abgewandte. In diesem Sinne habe der neue Großwessir eine wahre Razzia auf die Staatsbeamten aller Grade und aller Verwaltungszweige gemacht, die da in dem Rufe standen, der aufgeklärten Schule Ali Paschas anzugehören: so seien durch Absetzung oder Verbannung Hussein-Aonc-Pascha, der Kriegsminister unter Aali, Namik-Pascha, der Präsident des Staatsrath, Haidar-Effendi, der ehemalige Botschafter in Wien und zuletzt Präfekt von Konstantinopel, und viele Andere entfernt worden. Die Verwaltung der Vilayets, sagen die Korrespondenten, wurde eingestellt, alle Christen wurden aus dem Staatsrathe entfernt, die französischen und englischen Professoren des Lyceums von Galata-Seraï wurden entlassen. Unter dem Vorwande von Ersparnissen wurde eine ganze Reihe von mehr oder weniger wichtigen Posten gestrichen; so wurden die europäischen Instruktions-Offiziere der Armee und die fremden Ingenieurs in den Provinzen mit einem Federzuge heimgeschickt, ja, in seiner Jagd nach Oekonomien verstieg sich Mahmud sogar zu dem unglaublichen Gedanken, den Kalender zu verändern und das Jahr auf neun Monate zu reduziren, um auf diese Weise in den Staatsgehältern, die „monatlich" ausgezahlt werden, einen Abstrich von 25 pCt. zu bewirken. Auf der andern Seite hat der sparsame Wessir nichts dagegen, wenn der Sultan ungeheure Summen in überflüssigen Bauten (5 Millionen allein für die Restauration des Palastes von Dolma-Bagdsche) verschwendet und ihn selbst mit reichen Werth- und Geldgeschenken überhäuft. Um den muselmännischen Leidenschaften zu schmeicheln, verfolgt Mahmud-Pascha auch in den Angelegenheiten der morgenländischen Christen eine agressive und aufhetzende Politik; aus eigener Machtvollkommenheit hat er die bulgarische Kirche für unabhängig erklärt und ihr einen Exarchen ernannt, der nicht mehr dem griechischen Patriarchen untergeordnet ist, ferner in Sachen der armenischen Katholiken alle Unterhandlungen mit Rom abgebrochen und den vom Papst ernannten Bischof Hassun abgesetzt, so daß sich jetzt Griechen und Bulgaren, Hassuniten und Anti-Hassuniten in den Haaren liegen. Kurz, die innere Lage ist, Dank der gewaltthätigen Maßregeln des neuen Ministeriums politisch und kirchlich eine vollkommen zerrüttete, die Portefeuilles gehen von Hand zu Hand und in allen Zweigen der Verwaltung herrscht eine grenzenlose Anarchie. So die Korrespondenzen des „Journal des Débats" aus Wien und Konstantinopel.

Asien.

Aus Hongkong, 25. Mai wird gemeldet, daß der japanesische Gesandte, welcher den Auftrag hat, den zwischen Japan und China abgeschlossenen Vertrag abzuändern, am 16. d. in Tientsing angekommen ist. Prinz Kung's Denkschrift über die Stellung der Ausländer ist an den Thoren von Shanghai angeschlagen worden. Von amtswegen wurden die Landesbewohner aufgefordert, sich mit Lärm-Instrumenten zu versehen, um den Drachen zu verscheuchen, welcher am 6. Juni (dem Tage der Sonnenfinsterniß) die Sonne verschlingen wolle. Mit solchen Mitteln wird es jedenfalls gelingen, daß Tagesgestirn wieder einmal vor dem bösen Scheusal zu retten. Unterhalb Kantons werden neue Forts angelegt und mit Krupp'schen Kanonen bewaffnet, welche den Drachen wohl besser in die Flucht schlagen würden als Trommeln. Aus Kweichow werden Siege der Kaiserlichen über die mohamedanischen Rebellen gemeldet. Aus Japan wird von religiösen Reformen berichtet. Das Jingischo oder die Abtheilung für die Schinto-Götter ist aufgehoben und eine neue Abtheilung für den Religions-Unterricht gegründet worden. Die Verehrung der Vorfahren des Mikado wird künftig innerhalb des Palastes geschehen, und zwar vom Mikado allein. Der Letztere hat die höhere Lehranstalt in Nanko besichtigt; die Zöglinge bestanden befriedigende Prüfungen in Englisch, Deutsch und Französisch. Man zieht das Ergebniß der letzten Volkszählung in Zweifel; statt 35 Millionen glaubt man nur 18 bis 22 Millionen als die richtige Bevölkerungsziffer annehmen zu können.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 18. Juli.

— Die Cholera naht den deutschen Grenzen. Russische Berichte haben gemeldet, daß die Epidemie in Moskau seit dem 1. Juni ausgebrochen ist und daß sie in Petersburg wüthet. „Bei dem regen Verkehr — schreibt man der „Spen. Ztg." aus Greifswald — den unsere Ostseehäfen mit Rußland, insbesondere mit der letztgenannten Stadt unterhalten, ist die Gefahr der Importation der Cholera in unsere Provinz eine sehr große, wenn nicht innerhalb der nächsten Tage die energischsten Maßregeln von unserer Regierung ins Werk gesetzt werden. Leider kennen wir aus früherer Zeit die verhängnißvolle Wichtigkeit, welche gerade Swinemünde für den Import des Cholerakeimes auf deutschen Boden hat."

— Die hiesige kgl. Generalkommission wird zufolge ministerieller Bestimmung Ende September 1873 aufgelöst und sollen alsdann die etwa noch unerledigt gebliebenen Regulierungsarbeiten an eine oder mehrere der in den Nachbar-Provinzen noch bestehenden General-Kommissionen abgegeben werden. Jener Zeitpunkt ist deshalb gewählt worden, weil mit demselben der auf zehn Jahre geschlossene Miethsvertrag zu Ende geht, nach welchem die Generalkommission das Gebäude Nr. 9 am Neustädtischen Markt, Ecke der Friedrichsstraße, zur Unterbringung ihrer Bureaux überlassen ist. Die Räumlichkeiten dieses, drei Etagen hohen Gebäudes sollen alsdann wieder zu Privatwohnungen hergerichtet werden. Außerdem ist es für die hiesigen Wohnungsverhältnisse von Belang, daß durch die mit der Auflösung jener Behörde verbundene Versetzung ihrer Beamten ca. 20 Wohnungen frei werden.

— Auf der Ostbahn coursiren in diesen Tagen verschiedene Truppentransporte, deren Direktion zur Okkupations-Armee in Frankreich bestimmt ist. Die Mannschaften sind ausgebildete Rekruten der verschiedenen Ersatztruppentheile, welche ihren resp. Regimentern gegenwärtig nachgeschickt werden. Die Leute werden auf der Verpflegungsstation der hiesigen Ostbahnhofsetappe zuvor verpflegt.

— Die bereits erwähnte Bekanntmachung des General-Postamts, betreffend die Anwendung von Quittungsbüchern bei Einlieferung von Postsendungen, hat folgenden Wortlaut:

Um den Aufenthalt abzukürzen, welcher bei der Einlieferung von rekommandirten und Werthsendungen an die Postanstalten durch das Ausschreiben von Einlieferungsscheinen entsteht, ist für Behörden und einzelne Korrespondenten, die einen größeren Geschäftsverkehr haben, die Benutzung von Quittungsbüchern in der Weise nachgegeben worden, daß die Absender die einzuliefernden Sendungen schon vorher in die mit vorzulegenden Bücher eintragen und der Annahmebeamte am Postschalter darin den Empfang bescheinigt. Derartige die Stelle von Formularen zu Posteinlieferungsscheinen vertretende Quittungsbücher werden von den Postanstalten an solche Korrespondenten, welche bei Erfüllung der obigen Voraussetzung davon Gebrauch zu machen wünschen, auf Verlangen und unentgeltlich geliefert.

— Die königl Landeskommission für die Wiener Weltausstellung veröffentlicht folgende Bekanntmachung im „Reichsanzeiger" Nr. 166:

Durch die früheren Bekanntmachungen der genannten Kommission war denjenigen Gewerbetreibenden, welche ihre Betheiligung an der Wiener Weltausstellung rechtzeitig angemeldet hatten, bis zum 15. d. M. eine bestimmte Mittheilung über die Größe und Art des für ihre Ausstellungsgegenstände ausgewiesenen Raumes in Aussicht gestellt worden. Es beruhte dies darauf, daß nach dem von der kaiserlich

österreichischen Ausstellungskommission erlassenen Reglement für die Betheiligung des Auslandes den Kommissionen der verschiedenen Nationen bis zum 1. d. Mts. die definitive Raumzuweisung in den Ausstellungsgebäuden und im Parke bekannt gegeben werden sollte. Da der Zentral-Kommission des deutschen Reiches eine Mittheilung hierüber bisher nicht geworden ist, so hat die genannte Kommission zu ihrem Bedauern sich außer Stande gesehen, bis zu dem gedachten Zeitpunkte die in Aussicht gestellte Eröffnung zu machen. Sie kann nur wiederholen, daß sie, sobald ihr durch die von Wien erwarteten Mittheilungen die Möglichkeit gegeben ist, die Benachrichtigung der Aussteller über den ihnen zugewiesenen Raum thunlichst beschleunigen wird.

— **Eine polnische gekrönte Preisschrift.** Am 1. Juli 1858 eröffnete der hiesige polnische Verein der Freunde der Wissenschaften einen Konkurs für eine „Geschichte der Bauern und der landwirthschaftlichen Verhältnisse im ehemaligen Polen.“ Graf Cieszkowski setzte einen Preis von 1000 Thlr. für die beste Arbeit aus und überließ die Beurtheilung dem Vereine. Nachdem bis zum Jahre 1860 keine Arbeit eingelaufen war, wurde nochmals ein Konkurs ausgeschrieben. Die erste Arbeit jedoch, welche im Jahre 1862 eingereicht wurde, entsprach in keiner Beziehung den gestellten Anforderungen. Nochmals wurde nun ein Konkurs ausgeschrieben, und nachdem bis zum Jahre 1865 wiederum keine Arbeit eingereicht war, wurde die Aufgabe dahin beschränkt, daß zur Prämiirung auch solche Monographien angenommen werden sollten, welche die Geschichte der Bauern und der landwirthschaftlichen Verhältnisse im ehemaligen Polen berücksichtigen. In den Jahren 1870 und 1871 liefen alsdann drei Arbeiten ein, welche von der zu diesem Behufe seitens des Vereins eingesetzten Kommission für gleich würdig der Prämiirung erachtet wurden. Um nun die Sache zur Entscheidung zu bringen, wurden August Mosbach die drei Arbeiten vorgelegt, und hat dieser für die beste die des früheren Professors des römischen Rechts und der Geschichte an der Warschauer Universität, Maciejowski erklärt. Dieselbe führt den Titel: „Geschichte der Bauern und der landwirthschaftlichen Verhältnisse in Polen bis zum Jahre 1861.“

— **Gehaltserhöhungen.** Bei der Etatsberathung für das nächste Jahr werden, wie verlautet, seitens des Magistrats erhebliche Gehaltserhöhungen für sämmtliche städtische Beamte und Lehrer bei der Stadtverordnetenversammlung eingebracht werden. Daß derartige Erhöhungen bei der außerordentlichen Steigerung aller Lebensbedürfnisse unumgänglich nothwendig sind, liegt wohl auf der Hand und dürften auch wohl die während des letzten Jahres gemachten Erfahrungen eine Aufbesserung der Gehälter im Interesse der städtischen Verwaltung, wie des städtischen Schulwesens absolut erforderlich erscheinen lassen, da sowohl städtische Beamte, wie Lehrer unter den hiesigen kostspieligen Lebensbedingungen bei nicht ausreichenden Gehältern vielfach gekündigt haben, um anderwärts Stellen unter günstigeren Bedingungen anzunehmen. Es wird demnach voraussichtlich der Kämmereikassenetat, welcher für das Jahr ca. 165,000 Thlr. beträgt, für das nächste Jahr ganz erheblich erhöht werden müssen, zumal auch die Gründung und Unterhaltung der neuen Gewerbeschule der Stadt ganz beträchtliche Opfer auferlegen wird. Hoffentlich wird diese Erhöhung des Etats ohne Steigerung der Einkommensteuer erzielt werden können, da in Folge des regeren kommerziellen und gewerblichen Lebens, sowie auch insbesondere der Gründung der neuen Bankinstitute die Einkommensteuer schon für dieses Jahr voraussichtlich eine nicht unerheblich größere Einnahme abwerfen wird, als bei der Etatsberathung in Aussicht genommen war.

— **Die Anzahl der Typhuskranken** im städtischen Krankenhause, welche sich bereits auf 85 erhoben hatte, beträgt gegenwärtig nur noch ca. 60.

— **Der Schullehrer-Wittwen- u. Waisen-Unterstützungs-Verein** im Reg. Bezirk Bromberg hatte Ende 1871 folgenden Bestand: in Hypotheken-Dokumenten 83,175 Thlr., in baarem Gelde 6741 Thlr. Eingekommen sind im Jahre 1871: 16,156½ Thlr., ausgegeben davon 9415½ Thlr., mithin baarer Bestand 6741 Thlr.

— **In Czarnikau** hat die k. Regierung zu Bromberg eine Präparanden-Anstalt eingerichtet, die nunmehr seit einem Jahre besteht, und bereits 25 Zöglinge zählt. Die Anstalt gewährt freien Unterricht in allen Fächern (auch Musik) freie Wohnung rc.; für Beköstigung wird gegen einen mäßigen monatlichen Beitrag gesorgt. Da mehrere der Zöglinge gegenwärtig die Aufnahmeprüfung machen, so können wieder andere Zöglinge aufgenommen werden, und haben sich dieselben an den dortigen Pastor Hrn. Höhne zu wenden.

— **Die Thorner Kreditbank** Donimirski, Kalkstein, Lyskowski hat vom 17. d. M. ab die Prokura Hrn. Dr. Ant. Donimirski übertragen. Der bisherige Prokurist dieser Bank, Hr. Jos. Fajans, tritt zum 1. Oktober bei der hiesigen Bank: Kwilecki, Potocki ein, deren Prokurist, Hr. Plewkiewicz, in Gemeinschaft mit dem Rechtsanwalt Hrn. Malecki hier zum 1. Oktober ein neues Bankgeschäft eröffnet.

E **Exin**, 17. Juli. [Schulwesen.] Unsere bisher noch immer einklassige evangel. Schule soll mit Beginn des künftigen Jahres eine zweiklassige werden. Ein Theil der Gemeinde wollte anfänglich zum ersten Lehrer einen Rektor haben, sah aber denn doch ein, daß die Unterhaltung eines solchen ihr eine absolute Unmöglichkeit sei; der andere Theil dagegen wollte von einer Klassentheilung Nichts wissen, sondern verlangte nur, bei den blos 90 schulpflichtigen Kindern dem jetzigen, die Klasse vollkommen beherrschenden Lehrer eine der Gemeinde sehr gut mögliche Zulage von 100 Thlr. zu gewähren, damit er neben dem nicht erheblichen Kantorate allein 300 Thlr. neben freiem Brennbedarf habe, welcher Besoldung er durchaus bedürfe, wenn er seinem Stande gemäß existiren und der Schule die nöthige Kraft zuwenden solle. Der erstgenannte Theil der Gemeinde bestand darauf, bei der Anstellung noch einen Lehrers das Gehalt des ersten Lehrers auf nothwendig 400 Thlr., das des zweiten auf 280 Thlr. zu stellen, weil nur dann die Lehrer existiren und mit Freuden ihrem Berufe und zur Zufriedenheit der Eltern bei den jetzigen Anforderungen nachkommen könnten. Dazu will dieser Theil der Gemeinde für den ersten Lehrer 300 Thlr., für den zweiten 200 Thlr. von der Gemeinde, das Fehlende aus Staatsmitteln hergegeben haben. Die Gemeinde wird nun einen der Klassensteuer gleichen Schulbeitrag zu entrichten haben, von dem auch noch alljährlich 66 Thlr. 20 Sgr. Bauschuld abzutragen sind, und was dann noch fehlen sollte, wird aus Staatsmitteln hergegeben werden. In dem vor sieben Jahren gebauten Schulhause sind zwei Klassenzimmer, wie auch Wohnung für zwei Lehrer vorhanden, und so hat die Regierung nur noch über die Höhe der Lehrergehälter zu entscheiden, da der noch anzustellende Lehrer nach dem von ihr anerkannten Bedürfnisse blos seminaristisch gebildet zu sein braucht. — In dem nur ½ Meile entfernten Grocholin hat der dortige Rittergutsbesitzer, Frhr. v. Treskow, für die 50 evang. Kinder, welche auf die dortige kath. Schule angewiesen waren, eine eigene evang. Schule dadurch angebahnt, daß von ihm ein zweckmäßiges Lokal zur Schule hergegeben worden ist und der benachbarte evang. Lehrer zu Kazmierzewo für den wöchentlich viermal dreistündigen Nachmittagunterricht auch ebensowohl von ihm honorirt wird, wiewohl er schon erhebliche Leistungen an die kathol. Schule zu machen hat. Die Zuschulung der Evangelischen in den Ortschaften Slupowo-Abbau und Rospentek zu Grocholin, womit schon Miaskowo und Lankowic verbunden sind, ließe eine sehr wohl bestehende evang. Schule ermöglichen, wenn Hr. v. Treskow von den Beiträgen zur kath. Schule befreit würde, was aber bisher vergebens von ihm angestrebt worden ist, da außer den drei Dominialbesitzern zu Grocholin, Rospentek und Lankowic noch 11 Bauern und über 50 Einwohnerfamilien kämen. In der Pfarre Kowalewko sind von 6 Schulen schon lange 2, in der Pfarre Schipiory von 3 Schulen ebenso 1 unbesetzt, und die hiesige jüdische zweite Lehrerstelle ist auch ohne Lehrer.

E. **Exin**, 18. Juli. [Präparandenanstalt. Kirchemangel.] Bei Niederreißung der Klostergebäude zur Zeit des Seminarbaues hier, so weit dieselben der Staat von der Gemeinde zurück erworben hatte, blieb wegen entstandener Streitigkeiten ein Theil stehen, der mit den mit den Vikarwohnungen eine Front bildet. Dieser ist nun vollständig aus Staatsmitteln renovirt und zu einer mit unserem Seminar verbundenen Präparandenanstalt eingerichtet worden, die zu Michaelis v. J. eröffnet wurde und jetzt bereits 22 Präparanden zählt, welche von einem besonders dazu angestellten Lehrer, Herrn Igel, in Musik und Gesang aber von dem Seminarlehrer Herrn Kielczewski unterrichtet werden. Bei der bevorstehenden diesjährigen Aufnahmeprüfung wird ein Theil dieser tüchtig geschulten jungen Leute schon Aufnahme in das Seminar erhalten. — In der neuen Pfarre Kowalewko ist der Mangel der Kirche ein gar sehr fühlbarer Uebelstand. Die wenn auch geräumige Schulstube des Pfarrorts ist für diese Pfarre von etwa 2500 Seelen viel zu klein, daher der Pfarrer angewiesen ist, jeden Gottesdienst wechselnd auch noch in den Betlokalen zu Mieczkowo und Veronika, wie auch in der Schule zu Gromaden abzuhalten. Diese Unzuträglichkeit auf noch viel längere Dauer hat zur Folge, daß man fast blos dem Gottesdienste in der eigenen Gemeinde beiwohnt, und durch diese fortwährende Gottesdienstwanderung kommen auch Viele in einen Wirrwarr und wissen Sonntags und an den Festen nicht, wohin sie sich zu wenden haben. Wäre aber in Kowalewko, diesem fast ganz im Mittelpunkte gelegenen Orte, schon eine Kirche, so würde der Kirchenbesuch stets ein doppelt und dreimal so starker sein. Es thut daher sehr nöthig, vor allem Andern dahin zu streben, die Mittel zum Kirchbau zu gewinnen, der hier nur so auszuführen wäre, daß das Gebäude blos seinem Zwecke entspräche, somit für etwa 5000 Thlr. hergestellt werden könnte.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Reichsgoldmünzen.** Nach der letzten Notiz über die Ausprägung der Reichsgoldmünzen waren bis zum 29. Juni d. J. in den Münzstätten des Deutschen Reichs in Zwanzigmarkstücken 191,722,740 Mark und in Zehnmarkstücken 2,810,610 Mark ausgeprägt worden. In der Woche vom 30. Juni bis 6. Juli d. J. sind ferner geprägt in Zwanzigmarkstücken: in Hannover 1,012,860 Mark, in Frankfurt a. M. 2,401,720 Mark, in München 1,132,260 Mark, in Dresden 1,186,500 Mark, in Stuttgart 552,420 Mark, in Karlsruhe 204,260 Mark; ferner in Zehnmarkstücken in Berlin 2,850,530 Mark. Die Gesammt-Ausprägung stellt sich daher bis 6. Juli d. J. auf 203,873,900 Mark, wovon 198,212,760 Mark in Zwanzigmarkstücken und 5,661,140 Mark in Zehnmarkstücken bestehen.

** **In dem Ministerium für die landwirthschaftlichen** Angelegenheiten ist eine Denkschrift über die bei den Maaßregeln zur Bekämpfung der Rinderpest gemachten Erfahrungen ausgearbeitet worden, welche sich eingehender mit der Rheinprovinz, Westfalen, Hessen-Nassau und den Großherzogthümern Hessen und Oldenburg beschäftigt. Die umfangreiche Infizirung der eben genannten Gebiete wird zum größeren Theil auf die unmittelbare Einfuhr angesteckten oder kranken Viehes aus den östlichen Grenzländern Deutschlands zurückgeführt. Die Nähe der in Frankreich operirenden Heere machte eine größere Anhäufung von Schlachtvieh in der Rheinprovinz nothwendig und es haben namentlich die bedeutenden Viehniederlagen in der Festung Koblenz-Ehrenbreitstein in Bezug auf die Verbreitung der Rinderpest die wichtigste Rolle gespielt. Man wird mit Recht Koblenz als den Ausgangspunkt der Verseuchungen in den mehrbezeichneten Gebietstheilen ansehen können.

Vermischtes.

* **Frau Lucca** wird in der nächsten Saison in Berlin nicht eintreffen. Sie hat nach der „N. A. Z.“ bei ihrer Durchreise durch Berlin der General-Intendantur die Erklärung abgegeben, daß sie nicht nach Berlin kommen werde. Gegenwärtig werden deshalb mit einer berühmten Sängerin Unterhandlungen wegen eines einmonatlichen Gastspiels gepflogen.

* **Wie gefährlich es ist,** selbst vor einem haltenden Eisenbahnzuge zu dicht vorbeizugehen, zeigt der folgende Vorfall. Als der am letzten Sonntag Nachmittags um 12 Uhr von hier nach Stettin gehende Personenzug auf der Station Neustadt-Eberswalde hielt — nämlich auf dem zweiten Gleise von der Bahnhofsseite aus — stand zur selben Zeit auf dem ersten Gleise der Zug nach Freienwalde zum Abgang bereit. Die in den hintersten Wagen des Stettiner Zugs befindlichen Passagiere mußten, um auf den Perron zu gelangen, eine ganze Strecke zwischen beiden Wagenreihen entlang gehen und dann vor dem Freienwalder Train den ersten Schienenstrang überschreiten. In dem Momente, als gerade eine ältliche von Berlin gekommene Dame die bezeichnete Stelle passirt erfuhr der haltende Zug durch das Heranschieben von neuen Wagen einen so heftigen Ruck, daß er um mehrere Fuß nach vorwärts geschoben wurde, wobei die Räumer der Lokomotive die Passantin erfaßten und umstießen; sie war quer auf die Schienen gefallen und lag dicht an den Rädern der Maschine, die glücklicher Weise so fest gebremst waren, daß sie sich nicht drehen konnten. Wenn die alte Frau auch keine Verletzungen davon getragen und mit dem bloßen Schreck davongekommen ist, so war derselbe doch so intensiv, daß sie nach dem Wartesaal hat getragen werden müssen.

* **Die römischen Waschfrauen.** Die Sache des Heiligen Vaters hat in den römischen Waschfrauen eifrige Verbündete gefunden und darf ihres Sieges nunmehr gewiß sein. Diese Damen singen nach der bekannten Melodie der National-Hymne von der Trikolore Verse, in denen es heißt: „Das weiß und gelbe Banner — War allezeit das schönste — Wir wollen immer dieses — Das uns die Freiheit giebt.“ (!) Dann weiter: "Das Banner mit den drei Farben — War stets das häßlichste — Wir wollen's ganz zerreißen — Wir wollen die zwei Farben." Nun der Verfasser mag ein recht treuer Anhänger des Heiligen Vaters und seiner weltlichen Herrschaft sein: auf einen Platz im Parnasso classico italiano scheint er keine Ansprüche zu haben.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wasner in Posen.
In Vertretung: W. Goldbaum

An die Zweigvereine des Posener Provinzial-Lehrer-Vereins.

Der Posener Provinzial-Lehrerverein ist immer noch sehr im Werden begriffen, daß die Thätigkeit des provisorischen Vorstandes, wie bisher ununterbrochen geschehen, auch ferner noch auf die Bildung von Zweigvereinen in den verschiedenen Theilen der Provinz gerichtet sein müßte, wenn nicht die Rücksicht auf die schon längere Zeit bestehenden Vereine es dringend erforderte, mit denselben endlich zu gemeinschaftlicher Arbeit zusammenzutreten. Es ist ja begreiflich, daß das geistige Band zwischen allen Gliedern des Provinzial-Verbandes nicht durch das gleiche Statut, sondern nur durch gemeinsame Berathungen und ein gleiches Streben hergestellt und erhalten werden kann, — und Material für diesen Zweck von allgemeinem wie provinziellem Werthe liegt in reicher Auswahl vor; denn endlich, nach fast fünfundzwanzigjährigem Harren, sehen wir, daß auf dem Gebiete des Volksschulwesens Aenderungen ernstlich beabsichtigt werden. Eine derselben, freilich eine sehr vereinzelte und nicht einmal aus pädagogischen Gründen vorgenommen, ist die Einrichtung von katholischen Kreis-Schulinspektionen. Es erscheint im Interesse des Volksschulwesens geboten, daß zu den beabsichtigten Verbesserungen auch die Lehrerwelt ihre Vorschläge, wenn zunächst auch unverlangt, mache und möglichst einmüthig und einstimmig ausspreche, was sie auf Grund unmittelbarster Anschauung und tausendfältiger Erfahrung, wie sie nur inmitten des Volkslebens selbst, nimmer aber außerhalb desselben, in den in ihrer Zusammensetzung so häufig wechselnden Regierungskreisen gewonnen werden kann, — für zweckdienlich und rathsam hält. Einen geeigneten Ausdruck können diese Anschauungen, Erfahrungen und Vorschläge aber nur erhalten in einer möglichst zahlreich besuchten Versammlung, wie sich eine solche bei der Einweihung des neuen Seminargebäudes in Bromberg voraussichtlich zusammenfinden wird. An diese Versammlung will der provisorische Vorstand des Provinzial-Lehrervereins anschließen und, indem er damit zugleich die konstituirende Generalversammlung des Provinzial-Verbandes zu verbinden gedenkt, das Band sich knüpfen lassen, welches, so Gott will, in Zukunft die Lehrer unserer Provinz, ohne Unterschied der Konfession oder Nationalität zu gemeinsamer Arbeit vereinigen soll. Es ist indessen, wenn die dortigen Berathungen nicht allzuviel Zeit in Anspruch nehmen und doch befriedigende Resultate ergeben sollen, erforderlich, daß jeder Kreis und jeder Kollege sich schon vorher mit den Gegenständen vertraut mache, die dort zur Verhandlung gelangen sollen.

In Nachstehendem theilen wir die Sätze mit, um deren Berathung es sich handeln wird, und richten die dringende Bitte an die geehrten Vorstände der Zweigvereine, möglichst noch im Laufe des Monats August Versammlungen zur Besprechung der Thesen einberufen, die Beschaffung des statistischen Materials, um das uns auch Dr. Jütting wiederholt ersucht hat, gütigst bewirken und uns die Ergebnisse, so so groß oder so klein, gefälligst übermitteln zu wollen, damit wir noch einige Wochen vor der Generalversammlung geeignete Referenten mit dem eingegangenen Material ausstatten können. Es wird sehr erwünscht sein, wenn die Zahl der hier folgenden Nummern infolge von Erörterungen in den Lehrerkreisen vermehrt und die Fassung der schon vorhandenen vielleicht verbessert wird. Je eingehender die Herren Kollegen sich im Voraus mit dem zur Besprechung empfohlenen Material beschäftigen, desto sachgemäßer und ersprießlicher werden die Verhandlungen der Generalversammlung sein.

I. Zur Reorganisation des Volksschulwesens in der Provinz Posen.

1. Bei der Gründung und Einrichtung resp. Reform der Schulen entscheidet weder die Konfessionalität noch die Nationalität der Schüler, sondern lediglich der pädagogische Zweck des Schulwesens: Erziehung und Unterricht, Menschenbildung.

2) Wo die Größe eines Ortes resp. die Rücksicht auf die verschiedenen Konfessionen bisher das Bestehen mehrerer kleiner Schulen, ein- oder zwei- oder dreiklassiger, nothwendig gemacht hat, werden diese Schulen zu einer einzigen, stufenmäßig gegliederten Anstalt, womöglich mit besonderen Knaben- und Mädchenklassen, vereinigt.

3) Auf dem Lande bilden nahe bei einander gelegene Ortschaften eine einzige Schulgemeinde, bei geringen Entfernungen (bis zu einer halben Stunde) mit einer einzigen mehrklassigen Schule. Sind die Entfernungen größer (über ½ bis 1 Stunde), so wird von der Hauptschule aus der Unterricht in den benachbarten Nebenschulen durch Hülfslehrer besorgt, welche bei dem Hauptlehrer wohnen und unter dessen Aufsicht und Verantwortlichkeit arbeiten.

Als Hülfslehrerstellen gelten im Allgemeinen alle Schulstellen, welche so gering dotirt sind, daß sie eine Lehrerfamilie nicht zu ernähren vermögen, und als Hülfslehrer gelten alle diejenigen jungen Lehrer, welche das zweite Examen noch nicht bestanden haben und in ein selbständiges Schulamt noch nicht befördert worden sind. Durch die Einrichtung solcher Hülfslehrerstellen soll dem zu frühen Heirathen der Lehrer und vielem daraus folgenden Elend mit der Zeit ein Ende gemacht werden.

4) Wo in den mittleren und größeren Städten die Bildung zweier oder mehrerer großer Schulkörper ausführbar ist, erhält die eine der Schulen die Organisation einer Bürger- oder Mittelschule für Knaben- und für Mädchen. Die Knabenklassen geben ihren aus der obersten Klasse abgehenden Schülern die Reife zum Eintritt in eine Provinzial-Gewerbeschule, Handelsschule rc., und wo eine Erweiterung möglich ist, die Berechtigung zum einjährigen freiwilligen Militärdienst. Die Mädchenklassen geben ihren Schülerinnen eine der den Knabenklassen entsprechende, auch auf die Befriedigung der Bedürfnisse des praktischen Lebens gerichtete Bildung und sollen das Unwesen der sogenannten „höheren Töchterschulen“ beseitigen helfen

Die mehrklassigen Elementarschulen derselben Städte erhalten eine Einrichtung, welche sie in Bezug auf Lehrplan, Klassenzahl, Unterrichtsziele unter einander so durchaus gleichstellt, daß alle Elementarschulen derselben größeren Stadt gewissermaßen ein einziges Institut ausmachen und der Umzug und Uebergang der Schüler aus einem Stadttheil in den andern und aus einer Schule in die andere keinerlei nachtheilige Folgen für sie hat. Wo höhere Lehranstalten mit sogenannten Vorschulen bestehen, soll an diesen letzteren ein eben so hohes Schulgeld, als an den Gymnasien oder Realschulen selbst, erhoben werden.

5. In allen Schulen wird nur der Religionsunterricht und, soweit es als nothwendig erscheint, der polnische Sprachunterricht in getrennten Coeten ertheilt. In allen übrigen Fächern werden die Schüler jeder Konfession und Nationalität gemeinschaftlich in den Klassen unterrichtet, in welche sie ihrer gesammten Leistungsfähigkeit nach gehören.

6) Jeder mehrklassigen Elementarschule ist ein Hauptlehrer, jeder Bürger- oder Mittelschule ein Rektor vorgesetzt.

7) Der Rektor resp. Hauptlehrer oder einzige Lehrer einer Schule ist Mitglied der städtischen Schuldeputation resp. des Schulvorstandes.

8) Das Institut der Lokal-Schul-Inspektion besteht nicht weiter fort. Lehrer, welche einer Lokal Schulinspektion, d. h. einer Aufsicht über ihr äußeres Thun und Lassen, über Pünktlichkeit und Ordnungsmäßigkeit im äußeren Schuldienst überhaupt bedürften, sind als unzuläßig aus dem Amte zu entfernen.

9) Jeder landräthliche Kreis erhält einen Kreis-Schulinspektor für sämmtliche Elementar- und Bürgerschulen.

10) Der Kreis zerfällt in eine Anzahl von Schulbezirken, deren Lehrer alle vier Wochen zu amtlichen Konferenzen zusammentreten, in welchen die Bedürfnisse ihrer Schulen resp. Schulklassen, die Unterrichtsstoffe und Pensen, Methode und Disziplin zur Erörterung kommen, Lehrproben gehalten, Referate über Erscheinungen der pädagogischen Literatur gegeben, jüngeren Kollegen Rathschläge ertheilt, kurz alle die Schule, den Unterricht und die Erziehung, den Verkehr mit dem Elternhause betreffenden Dinge verhandelt werden.

In den Städten bildet das Lehrerkollegium jeder größeren Schule, auf dem Lande die Zahl von etwa 12 bis 15 Lehrern einen Schulbezirk. In den Städten ist der Rektor resp. Hauptlehrer, in den Landbezirken ein von den Kollegen seines Bezirks gewählter Lehrer der Vorsitzende. Dieser Vorsitzende ist zugleich die erste Instanz für alle die Schulen resp. Lehrer betreffenden Beschwerden Seitens des Publikums und die Mittelsperson für die Lehrer und den Kreisschulinspektor.

11) Die Präparanden-Bildungsanstalten und Lehrerseminare sind, wie die Schulen der Provinz, Simultananstalten. In den Lehrplänen dieser Anstalten muß das Polnische soweit Berücksichtigung finden, daß auch die deutschen Lehrer wieder, wie es früher der Fall gewesen ist, polnischen Sprachunterricht zu ertheilen im Stande sind, und die künftigen Lehrer polnischer Nationalität müssen die deutsche Sprache vollständig beherrschen können.

12) In allen Schulen ist den polnischen Schülern der polnische Sprachunterricht so zu ertheilen, wie der Muttersprach-Unterricht den deutschen Schülern ertheilt wird; aber in allen übrigen Fächern ist (mit Ausnahme des den polnischen Schülern zu ertheilenden Religionsunterrichts) die deutsche Sprache die Unterrichtssprache, und schon von der untersten Stufe an ist im Auge zu behalten, daß auch die polnischen Schüler im Laufe der Schulzeit zur Beherrschung der deutschen Sprache gelangen müssen.

II. Zur Statistik.

Zur Gewinnung der nothwendigsten Grundlagen für die Reorganisation der Schulen in hiesiger Provinz ist von jeder Schule folgendes statistische Material erforderlich:

1) Ort und Kreis der Schule.

2) Bisherige Konfessionalität der Schule.

3) Zahl der Klassen und bisherige Frequenz derselben bei gesetzmäßigem Schulbesuch, Zahl der evangelischen, der katholischen, der mosaischen, der deutschen und der polnischen Schüler.

4. Name, Konfession, Nationalität, Lebensalter, Dienstalter überhaupt, Bildungsgang der Lehrer resp. des Lehrers nebst Angabe, ob dieselben resp. derselbe auch in der Sprache der anderen Nationalität Unterricht zu ertheilen im Stande ist.

5. In den Städten:

Wie viele und welche Bürger- und Elementarschulen sind im Ganzen vorhanden? In wieviel Häusern befinden sich dieselben? Wie groß ist die Zahl sämmtlicher Lehrer, sämmtlicher Klassen und sämmtlicher Schüler?

6. Auf dem Lande:

Welche Ortschaften haben mehr als eine Schule? Welche Ortschaften liegen nicht weiter als eine halbe Stunde von einander entfernt und könnten demnach zu einem einzigen Schulkörper vereinigt werden? Welche Schulstellen könnten durch Hülfslehrer von größeren Orten aus verwaltet werden?

7. Wieviel beträgt das Einkommen jeder Stelle?
a) baar aa) Fixum,
bb) Emolumente in baarem Gelde;
b) an Acker- und Gartennutzungen, nach Abzug der Bestellungs-Kosten zu Gelde veranschlagt;
c) an gelieferten Naturalien zu Gelde veranschlagt;
d) an Wohnungswerth, nach örtlicher Miethshöhe, resp. Miethsentschädigung.

NB. Kirchliche Neben-Einahmen bleiben überall außer Berechnung.

8. Welche Dörfer würden am zwekmäßigsten zu einem Schulbezirke innerhalb des Kreises (confr. I. 10) vereinigt werden?

III. Was läßt sich von Seiten unseres Provinzial-Verbandes oder der Provinzial-Vereine überhaupt dazu thun, daß die unglückselige Spaltung des Zentralvereins in einen preußischen und in einen deutschen wieder ausgeglichen werde, event. zu welchem von beiden haben wir der inneren Tendenz nach Stellung zu nehmen?

IV. Was hat der Provinzialverein zu thun, um für sich ein Vereinsorgan zu beschaffen?
a) Herausgabe eines eigenen Organs?
oder:
b) Anschluß an eine der bestehenden Schulzeitungen?

Zum Schlusse wollen wir nicht unterlassen, alle Kollegen dringend zu bitten, daß sie bis zur konstituirenden Generalversammlung, deren Termin wir erst später mittheilen können, ihren ganzen Einfluß auf die Bildung von neuen Zweigvereinen in der Provinz aufwenden, wie es auch unser stetes Bestreben sein soll, die fernere Entwickelung und Ausbreitung des Provinzial-Vereins nach Kräften zu fördern.

Posen, den 12. Juli 1872.

Der provisorische Vorstand
des Posener Provinzial-Lehrer-Vereins.
Jul. Lehmann,
z. Z. Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Der Inhaber der in unserem Firmen-Register sub Nr. 13 eingetragenen Firma „Wolff Salinger“ zu Samter, Kaufmann Wolff Salinger zu Samter, hat seinen Sohn **Carl Salinger** in Samter zu seinem Prokuristen ernannt und ist dies zufolge Verfügung vom 16. Juli 1872 am 16. Juli 1872 in unser Prokurenregister eingetragen.

Samter, den 16. Juli 1872.

Königliches Kreisgericht I.

Bekanntmachung.

Zur Entgegennahme von Preisofferten für die beim Bau des Treppenhauses für die Wohnung des Herrn Oberpräsidenten im hiesigen Regierungs-Gebäude auszuführenden Klempner-, Tischler-, Schlosser-, Maler- und Anstreicher-Arbeiten ist auf

Montag den 22. d. M.
Vormittags 11 Uhr

im Geschäftszimmer des Unterzeichneten im hiesigen Regierungsgebäude, woselbst auch täglich während der Dienststunden von 10 bis 1 Uhr die Submissions-Bedingungen und der Kosten-Anschlag eingesehen werden können, der Submissionstermin angesetzt.

Posen, den 16. Juli 1872.

Der Landbaumeister.
Habermann.

Bekanntmachung.

Der auf 390 Thlr. baar, 463 Hand und 132 Spanntage veranschlagte Neubau einer massiven Brücke mit Holzoberbau auf der Czempin-Kurniker Landstraße am Walde bei Zabno soll mit Ausschluß des Titels „Insgemein“ im Wege der Minus Licitation ausgegeben werden, und wird dazu Termin auf

**Sonnabend
den 27. Juli d. J.
Vormittags 11 Uhr**

im Rathhause zu **Schrimm** angesetzt, wo Anschlag, Bauzeichnung und Bedingungen zur Einsicht Unternehmungslustiger bis dahin ausgelegt sind.

Der Wasser-Bauinspektor.
J. V.
Der Bauführer.
Friedersdorf.

Provinzial-Wechsler- und Disconto-Bank in Posen.

Auf Grund Beschlusses des Aufsichtsrathes und in Gemäßheit des § 7 der Statuten, fordern wir die Herren Actionaire hierdurch ergebenst auf, die zweite Einzahlung von

30 % = 60 Thaler pro Actie

sowie Zinsen à 4 % seit dem 1. April c. in der Zeit vom

5. bis 7. August c.

bei den nachbenannten Zahlstellen gegen Vorlegung der Interimsscheine zu leisten:

in **Posen** bei unserer Kasse,
„ **Berlin** bei den Herren **Gebr. Veit & Co.**,
„ **Breslau** bei den Herren **Gebr. Alexander**,
„ Herrn **Ignatz Leipziger.**

Den betreffenden Interimsscheinen ist ein nach der Nummernfolge geordnetes doppeltes Verzeichniß beizulegen.

Posen, den 17. Juli 1872.

Provinzial-Wechsler- und Discontobank in Posen.
Eckert. Martin Briske.

Holz-Auktion.

Freitag, den 19. d. M., Vormittag 10 Uhr wird Wallstraße beim Bastion Colomb eine Parthie altes **Brennholz**, desgleichen eine Parthie **Kasten** in verschiedenen kleinen Haufen meistbietend verkauft.

Blumen-Auktion.



Wegen Aufgabe der Gewächshäuser werden in Pawłowo bei Kiszkowo **am 24. Juli cr.,** von 10 Uhr Vormittags ab, sämmtliche Treibhauspflanzen verkauft.

Die Gutsverwaltung.

Pikante Photographien!?!

reizendster Frauengestalten; schwarz pr. Dtzd: 1½ Thlr, colorirt pr. Dtzd.: 2½ Thlr. gegen Einsend oder Nachnahme des Betrags versendet **J. Schönfeldt,** Berlin, Schuhmacherstr. 19

Zweite Sendung **prachtvoller Ananas-Früchte** empfing und empfiehlt

S. Soboski, Bazar.

Zwei Wohnungen im Preise von 180 Thlr. und 250 Thlr. sind von Michaeli d. J. zu vermiethen. Auskunft **Ziegenstraße Nr. 20** im Vorderhause 1. Stock.

Ein Laden nebst Wohnung ist von Michaeli zu vermiethen St. Adalbert Nr. 48.

Mühlenstraße 9 in der 1. Etage 6 Zimmer nebst Zubehör vom 1. Oktober zu vermiethen.

Dominikanerstr. 5, 2 Tr., 1. Aug. 1 möbl. Zimmer billig zu vermiethen.

Mühlenstraße No. 19 ist im dritten Stock ein möbl. Zimmer mit und ohne Burschengelaß zu vermiethen.

Neustädter Markt 10 im Keller ist eine gute Drehrolle.

Wilhelmsstraße 26 ist von sogleich eine große Remise und vom 1. October c. ab eine kleine Familienwohnung im Hintergebäude, so wie eine kleine Remise zu vermiethen.

2 Zimmer u. Küche im ersten Stock 2 Zimmer im Seitenflügel und ein zur Restauration sich eignender Keller sind vom 1. Oktober billig zu vermiethen. **Gr. Gerberstr. 17.**

Wilhelmspl. 17 ist ein möbl Zimmer im 2. Stock, links, vom 1. August zu vermiethen.

Wilhelmsplatz 6 sind große Kellerräume vom 1. Okt. d. J. ab zu verm.

Vom 1. October ab sind 2 große elegante Wohnungen, Parterre u. im 1. St. belegen, im Preise von 200 u 170 und 2 Mittelwohnungen zu 120 und 100 Thaler zu vermiethen. Näheres Große Gerberstraße Nr. 43 Parterre rechts.

Eine deutsche Erzieherin, der Musik mächtig, wird sofort nach Polen gesucht. Näheres Wilhelmsstr. 17, 1 Tr. rechts.

Das Dominium **Lenartowice** bei Pleschen sucht zu Michaelis einen gut empfohlenen verheiratheten Gärtner.

Offene Stellen für 30–40 Commis in versch. Branchen, 40–50 Inspektoren, Gärtner, Jäger, Hofmeister 2c. sind sofort nachzuweisen durch die Zentral-Annoncen-Expedition von August Fröse in Danzig.

NB. Tüchtige Agenten gegen hohe Provision belieben sich zu melden.

Ein Waldwärter, der auch die Jagd zu beschießen hat, nüchtern und zuverlässig, kann sich bei Herrn **David Brock**, Posen zum baldigen Antritt melden.

Ein Dominium in der Nähe von Posen sucht zum Oktober einen zuverlässigen **Kunstgärtner**, der in der Blumen-, Gemüse- und Baumzucht bewandert ist. Meldungen bei

David Brock. Posen, Schuhmacherstraße.

Ein tüchtiger deutscher **Schmied** sowie ein zuverlässiger **Ackervogt** finden am 1. Oktober Stellung auf dem Dominium **Szczepowice** bei Kosten.

Ein junges anständiges **Mädchen** mit bescheidenen Ansprüchen, die im Nähen und Schneidern bewandert ist, kann sich zur Stütze der Hausfrau aufs Land melden unter **H. H.** poste rest. Krotoschin.

Zum sofortigen Antritt wird eine deutsche, beider Landessprachen mächtige **Wirthschafterin** aufs Land gesucht, die mit Molkerei und Federviehzucht vertraut ist. Franko-Meldung mit Gehalts-Anspruch per **P. P.** post. rest. Pinne

Eine tüchtige **Wirthschafterin** für ein Hotel nach einer Mittelstadt in Schlesien sofort gesucht. Nähere Auskunft resp. Meldungen durch **Fr. Dr. Pauly,** Berlinerstraße 16.

Einen erwachsenen **Lehrling** oder **Volontair** wünscht **S. Tucholski.**

Einen Lehrling mit guten Schulkenntnissen sucht für das Destillations-Engrosgeschäft **Wolff Guttmann.**

Ein Lehrling findet sofort Stellung in meinem Destillationsgeschäft. **W. Ludwig,** St. Martin 54.

Ein Laufbursche wird zum sofortigen Antritt verlangt von **S. Kronthal & Söhne.**

Ein verheiratheter **Gärtner,** welcher mit dem Gemüsebau und der Obstbaum-Cultur vertraut ist, militairfrei, dem die besten Zeugnisse zur Seite stehen, sucht zum 1. Oct. c. oder 1. Januar 1873 bei gutem Gehalt eine Stelle. Gefäll. Offerten dieserhalb werden unter **J, Z. poste rest. Dusznik** erbeten.

Ein **Kunstgärtner,** der 21 Jahre in großen Gärtnereien conditionirte, seit 17 Jahren dem Betriebe von großen Garten- und Treibhausanlagen vorgestanden, mit guten Zeugnissen versehen ist, fertig deutsch und polnisch spricht, sucht von Michaelis ab eine andere Stelle. Adresse: **H. S.** poste rest. **Sobotka.**

Ein gepr. Lehrer s. am liebsten vor sogl. Stellung an e. öffentl. od. Priv.-schule oder als Hauslehrer unter **4567** poste rest. Königsberg.

Ein junger erfahrener Landwirth, dem die besten Empfehlungen zur Seite stehen und der auch längere Zeit ein Gut selbstständig verwaltete, sucht Stellung. Antritt kann jeder Zeit erfolgen; auch kann nöthigenfalls eine angemessene Caution geleistet werden. Gefällige Offerten sub Chiffr. **L. 2336** erbietet man an die **Annoncen-Expedition** von **Rudolf Mosse** in **Breslau,** Schweidnitzer-Straße 31.

Wer mir den jetzigen Aufenthalt des Kandidaten **Richter**, früher in Tucholka der Tuchel angiebt, erhält eine Belohnung von einem Thaler.

Marienburg i. Pr., d. 17. Juli 1872.

H. Salinger.

Hierdurch warne ich einen Jeden meiner Ehefrau **Bertha** geborene **Nitschke** irgend etwas für meine Rechnung zu borgen, da ich für Nichts aufkomme.

Moschin, 18. Juli 1872.

Julius Rabbow.

Volksgarten-Theater.

Heute Donnerstag: Sechste Gast-Vorstellung der englischen Ballet-Gesellschaft **Wright:** — Dazu: **Wer ißt mit?** — **Drei Paar Stiefel** 2c

Familien-Nachrichten.

Gestern Nachmittag 5¼ Uhr wurde meine liebe Frau **Marie** geb. Neuendorff von einem kräftigen Mädchen glücklich entbunden.

Posen, den 18. Juli 1872.

Georg Krieg.

Verspätet.

Den 10. Juli starb unser geliebter Gatte und Vater, der Kreisphysikus Sanitätsrath

Dr. Kausch

nach langem, schweren Leiden an der Kehlkopfschwindsucht.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Dem Rogasener Landwehr-Verein sagen wir für die außerordentliche Anhänglichkeit, welche derselbe unserm verstorbenen Vater, dem Veteran **Carl Wilhelm Seefeld,** bei der gestern hier stattgehabten Beerdigung gezeigt, unsern herzlichsten Dank.

Rogasen, den 17. Juli 1872.

Samuel Krause und Frau.

Saison-Theater.

Donnerstag den 18. Juli. Das Mädel ohne Geld. Posse mit Gesang in 3 Akten von Jacobson.

Freitag den 19. Juli. Große Extra-Vorstellung. Gebrüder Foster, oder: Das Glück und seine Launen. Charakterbild in 5 Akten nach dem Englischen von Töpfer.

Sonnabend den 20. Juli. Erstes Gastspiel der Anna Glenk vom königl. Hoftheater in Stuttgart. Ein Kind des Glücks. Lustspiel in 5 Akten von Ch. Birch-Pfeiffer. Hermance: Anna Glenk.

In Vorbereitung: Die Großherzogin von Gerolstein. Montrose.

Börsen-Telegramme.

Neueste Depeschen.

Versailles, 17. Juli. Nationalversammlung. Der Berichterstatter der Budgetkommission führt aus, daß 135 Millionen zur Herstellung des Gleichgewichts im Budget genügen, Ersparnisse seien nothwendig. Thiers hält 200 Mill. als nothwendig aufrecht und beweist, daß der französische Kredit zu erhöhen sei. 65 Millionen seien für das Budget des Kriegsministeriums ausgesetzt; er würde eine Erhöhung selbst dieser Summe vorschlagen, wenn die Finanzlage besser wäre. 87 Millionen votirte die Versammlung bereits aus den neuen Steuern. Die fehlenden 113 Millionen bringe nur die Rohstoffsteuer. Der Vicomte de Meaux will Ersparnisse und verlangt die Vertagung der neuen Steuerberathung, er tadelt Thiers, weil letzterer Allianzen erschwere. Thiers macht Meaux aus seinem Verlangen wegen den Ersparnissen einen Vorwurf, da dieselben die Desorganisation des Heeres zur Folge hätten. Die Regierung erhöhe die Ausgaben für die Armee, um Frankreich stark zu machen. Thiers wünscht, nur ernsthafte Männer möchten die Tribüne besteigen. Lebhafte Protestrufe. Eine Stimme von der Rechten fordert den Präsidenten auf, Thiers zur Ordnung zu rufen. Thiers widerspricht und fordert die Rechte auf, einen Antrag auf motivirte Tagesordnung zu stellen; er fügt hinzu, er werde niemals die leicht zu erreichende Popularität suchen, die darin besteht, das Land zu hintergehen und für seine Bedürfnisse blind zu sein. Niemals werde er vor der Vertrauensfrage zurückschrecken, er sei bereit, die ungerechten Angriffe der Opposition zu beantworten, welche sich mehr auf die Politik als auf die Finanzfrage bezögen. Thiers machte die Kammer darauf aufmerksam, wie gefährlich für das Land die Möglichkeit eines Regierungswechsels sei, er könne sich nicht ohne das Vertrauen der Versammlung an den Kredit Europas wenden. So lange dieselbe nicht das Gegentheil ausgesprochen, würde er annehmen, daß er ihr Vertrauen besitze. Lebhafter Beifall von der Linken. Fortsetzung der Diskussion morgen.

London, 18. Juli. Der Brittische Botschafter in Petersburg telegraphirt das Erscheinen der Cholera daselbst. Die englischen Hafen-Zollbehörden sind angewiesen, Vorkehrungen zur strengen Ausführung der Quarantäne-Vorschriften zu treffen.

Börse zu Posen

am 18. Juli 1872

Fonds. Posener 3½% Pfandbriefe 94 G., do. 4% neue do. 92⅝ B, do. Rentenbr 91⅞ G, do Provinz. Bankaktien 115 B, do 5proz. Provinz.-Obligat. 101½ B., do. 5% Kreis-Obligat. 100½ B., do. 5% Obra-Meliorat.-Oblig —, do 4½% Kreis-Oblig. —, do. 4% Stadtoblig II. Em. 91 G., do. 5% Stadt-Oblig. 101 B., preuß. 3½ prozentg. Staatsschuldsch. 91½ B, preuß. 4proz. Staatsanl. 96 G., 4½-proz. do. —, Norddeutsche Bundesanl. 100½ G., Stargard-Posener Eis.-St.-Aktien —, russ. Banknoten 82½ B. ausländ. do. 99⅜ G, Tellus-Aktien (Bninski Chlapowski Plater & Co.) exkl. Dividenden-Scheine 102 B., Aktien Kwilecki, Potocki & Co 104 B., Ostd. Bank 105½ B., Ostdeutsche Produkten-Bank 89½ B., Provz.-Wechsler- u. Disk.-Bank 97 B.

[Amtlicher Bericht.] **Roggen** (per 20 Centner). Kündigungspreis 51½. pr Juli 51–51½, Juli-August 49½ August-Sept. 49¼, Sept.-Okt. 49½–49¼, Herbst 49½–49¼, Okt.-Nov. 49¼.

Spiritus [mit Faß] (per 100 Liter = 10,000 pCt Tralles). Kündigungspreis 23 Gekündigt 10 000 Liter. pr. Juli 23, August 23, Sept. 21¾, Oktbr. 18 7/12, Nov. u. Dez. im Verbande 17⅝–17⅜.

Privat-Cours-Bericht.

Posen, 18. Juli. **Stimmung:** Geschäftslos.

Deutsche Fonds.

Posener 3½proz. Pfandbr. 94½
dito 4proz. Pfandbr. 92⅝ bz.
dito 4proz. Rentenbriefe 95 Gd.
dito 5proz. Provinz-Oblig. 101
dito 5proz. Kreis-Oblig. 100¼ bz.
dito 4½proz. Kreisoblig. 94
dito 4proz. Stadtoblig. 92
dito 5proz. Stadtoblig. 100
Nordd. Bundesanl. 100½
Preuß. 4½proz. Konsols 103¼
dito 4proz. Anleihe 97
dito 3½proz. Staatsschuldsch. 91⅜
Köln-Mind. 3½proz. Präm.-Sch. 96½

Ausländische Fonds.

Amerik. 6proz. 1882 Bonds —
dito dito 1885 Bonds 98⅜
Oesterr Papier-Rente 58⅜
dito Silberrente 64⅜
dito Loose von 1860 94¾
Italienische Rente 66⅝
dito Tabaks-Obligationen 94⅝
dito Tabaks-Aktien 530½
Rumän. Eisenb.-Oblig 44½
Russisch-engl. 1870er Anl 92
dito dito 1871er Anl. 91½
Russ. Bodenkredit-Pfandbr. 92⅞
Poln. Liquid.-Pfandbr. 64½
Türk. 1865 5proz. Anl. 50⅞
dito 1869 6proz. Anleihe 60¼
Türkische Loose 170

Bank-Aktien.

Berliner Bankverein 134⅞
dito Bank 125⅞
dito Produkten-Handelsbank 93⅞
dito Wechsler-Bank 119½
Breslauer Diskontobank 127 j. 119¾
Kwilecki, Bank f. Landw. 104¼

Tellus-Aktien 104
Meininger Kreditbank 154½ j. 148¼
Oesterr. Kredit 198½
Ostdeutsche Bank 105¼ Gd.
dito Wechslervereinsbank —
dito Produktenbank 89¼
Pos. Prov Wechsl. u. Disk.-B 97½ Gd.
Pos. Provinzial-Bank 114 Gd.
Pos. Bau-Bank —
Grätzer Bier-Aktien —
Schles. Bankverein 161⅞

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Mastricht 46¼
Bergisch-Märkische 135½
Berlin-Görlitzer St.-Akt. 81
Böhmische Westbahn —
Brest-Grajewo —
Crefeld, Kr. Kemp. 6proz Stpr. —
Köln-Mindener 169¼
Galizier (Carl-Ludwigsbahn) 109¾
Halle-Sorau-Guben 66
dito Stammprior. 88¾
Hannover-Altenbecken 73, II 75⅛
Kronprinz-Rudolphsbahn 82⅝
Lüttich-Limburg 31⅜
Märkisch-Pos. Stamm-Akt. 58¼ bz.
dito Stamm-Prior. 82¼
Magdeb.-Halberstadt 3½proz. B. 92½
Oestr.-Franz. Staatsbahn 203
Oesterr. Südbahn (Lomb.) —
ultimo 125⅞
Ostpreuß. Südbahn —
Rechte Oderuferbahn 123
Reichenberg-Pardubitz 81¼
Rhein-Nahe 45¼
Schweizer Union 28
dito Westbahn 48⅜
Stargard-Posen 100¼

Prämienschlüsse: —

[Privatbericht.] **Wetter:** schön **Roggen** (pr. 1000 Kilog.) flau. pr Juli 52 bz., Juli August 49½ bz u B., August-Sept. 49⅜ B. u G., Sept.-Oktbr 49½–49¼ bz. u. G. Okt.-Nov. 49¼ G., Nov.-Dez. 49 B. u. G., Frühjahr 48½ bz u. B

Spiritus (pr. 10 000 Liter pCt.) flau Gekündigt 20 000 Liter. pr. Juli 23 bz u B., August 23 bz u. G. Sept. 21¾ bz. u. B. Okt. 18 7/12 bz. u. B., Nov und Dezbr. im Verbande 17⅝–17⅜ bz, April-Mai 17⅝ bz u. G.

Produkten-Börse.

Berlin, 17 Juli. Wind: SW. Barometer: 28². Thermometer: 18° +. Witterung: bedeckt. — Im Verkehr mit Getreide machte sich heute eine sehr starke Reaktion gegen die Haussebewegung der letzten Tage geltend. In Roggen stand dem reichlichen Angebot anfänglich noch eine gute Kauflust gegenüber; später, als der Begehr mehr befriedigt war, machten die sofort niedriger einsetzenden Preise weitere Rückschritte und es schloß der Markt recht gedrückt. Loko ist der Handel auch heute still gewesen. — Roggenmehl niedriger — Weizen wurde zu entschieden weichenden Preisen ziemlich lebhaft umgesetzt. Gekündigt 4000 Ctr. Kündigungspreis 86¼ Rt. per 1000 Kilogr. — Hafer loko gedrückt. Termine mehr angeboten und billiger erlassen. Gekündigt 600 Ctr. Kündigungspreis 47⅞ Rt per 1000 Kilgr. — Rüböl recht flau und bei schwacher Kauflust billiger erlassen. — Spiritus eröffnete fest, wurde aber, von Getreide beeinflußt, im Laufe der Börse sehr matt und gab im Werthe nach. Gekündigt 140,000 Liter. Kündigungspreis 23 Rt. 18 Sgr. — Weizen loko per 1000 Kilgr 76–86 Rt. nach Qual., fein gelb märk. 84½–85½ ab Bahn bz., per diesen Monat 86–½–¼ bz., Juli-August 80 80 bz., August Sept. 76¼–75¾ bz., Sept.-Okt. 75¼–75 bz., Okt.-Nov. 74 bz., Nov.-Dez 73 bz., April-Mai 73–72 bz — Roggen loko per 1000 Kilgr 49–55 Rt. nach Qual. gef., geringer 49½–¾, mittel 51½, exquisiter 54½ ab Bahn bz., per diesen Monat 53½–53 bz., Juli-August 52⅜–52 bz., August-Sept. 52½–⅛ bz, Sept.-Okt. 52 ¼–51⅞ bz, Okt.-Nov. 52¼–51¾ bz., Nov.-Dez 51¾ bz, Frühjahr 51¼–50⅞ bz. — Gerste loko per 1000 Kilgr. 44–48 Rt. nach Qual gef — Hafer loko per 1000 Kil. 41–51½ Rt. nach Qual., ostpreuß. 42 43, pommerscher u. uckermärker 47–49 ab Bahn bz, per diesen Monat 48¼ bz Juli-August 44½ bz., Sept.-Okt. 44¼ bz., Okt.-Nov. — Frühjahr 44 bz. — Erbsen pr. 1000 Kilgr Kochwaare 49–55 Rt. nach Qual., Futterwaare 44–48 Rt nach Qual. — Raps per 1000 Kilgr. — Rübsen per 1000 Kilogr . — Leinöl loko 100 Kilgr. ohne Faß 25¾ Rt. — Rüböl loko pr. 100 Kilogr ohne Faß 24¼ Rt. bz., per diesen Monat 24⅛ Rt., Juli-August do., August-Sept. 24½–⅛ Rt., Sept.-Okt. 24⅛–24 Rt. bz, Okt.-Nov. —, April-Mai 24¼ bz. u. G. — Petroleum raffin (Standard white) pr. 100 Kilgr mit Faß loko 13 Rt, per diesen Monat 12¾ Rt., Juli August do., Sept.-Oktbr. 12¾ Rt, Oktbr.-Nov 12⅞ Rt., Novbr.-Dez. 13 bz. — Spiritus pr 100 Liter à 100% = 10,000% loko ohne Faß 24–23 Rt 24 Sgr. bz, per diesen Monat —, loko mit Faß —, per diesen Monat 23 Rt 23–15 Sgr. bz., Juli-August do., August-Sept. 23 Rt. 16–8 Sgr. bz., Sept.-Okt. 20 Rt 16–18 Sgr bz., Okt.-Nov. 18 Rt. 24–17 Sgr. bz., Nov.-Dez 18 Rt. 11–6 Sgr bz, April-Mai 18 Rt. 18–12 Sgr. bz. — Mehl. Weizenmehl Nr. 0 11¼–10½ Rt., Nr. 0 u. 1 10 [illegible]–10½ Rt., Roggenmehl Nr. 0 8½–7⅝ Rt., Nr. 0 u. 1 7⅜–7⅛ Rt. per 100 Kilogr. Brutto unversteuert inkl. Sack. — Roggenmehl Nr. 0 u 1 pr. 100 Kilgr. Bo., unverst. inkl. Sack, per diesen Monat 7 Rt. 17½ Sgr. nom., Juli-August do. August-Sept. 7 Rt. 17 Sgr. bz., Sept. Okt. 7 Rt. 17½–16 Sgr. bz., Okt. Nov. 7 Rt 16 Sgr. bz.

(B. H. Z.)

Stettin, 18. Juli. [Amtlicher Bericht.] Wetter: regnerisch. + 17° R. Barometer 27. 11 Wind: SW. — Weizen niedriger, p. 2000 Pfd. loko gelber geringer 66–73 Rt., besserer 74–82 Rt. Juli 80¼, 80 bz, Anmeld. 79 bz., Juli-August 79½–78¾ bz., August-Sept. 78½, ¼ bz., Sept.-Okt 76½, Frühjahr 72½ bz. (gestern Abend 73½ bz) — Roggen niedriger, p. 2000 Pfd loko inländ. geringer 46–48 Rt. besserer 49 52 Rt., Juli und Juli-August 50–49½ bz. u. B., Aug.-Sept. 50½, 50 bz. u B, August-Sept. 50½, 50 bz., Sept.-Okt. 51½ 50⅞ bz Oktbr.-Nov. 52⅜ 51 bz., Frühjahr 50½ 50 bz. Heute war der erste neue Roggen am Landmarkt; derselbe war von schöner Qualität. — Sommergetreide ohne Umsatz. — Winterrübsen fest, p. 2000 Pfd. loko 103–109 Rt, Sept.-Okt 109¾ ¼ bz. —

Heutiger Landmarkt:

Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Erbsen	Winterrübsen
80–83	50–54	40–43	30–34	50–56	96–100 Rt.

Heu 20–25 Sgr., Stroh 6–8 Rt., Kartoffeln 14–18 Rt. pr. Wspl.

Rüböl stille, p. 200 Pfd. loko 24⅛ Rt. B., Juli August do. 24 B., Sept.-Okt. 24⅙ B., 1/12 G., Okt.-Nov —, Nov.-Dez —, April-Mai 24⅛ B., 24 G., — Spiritus ruhiger, p. 100 Liter a 100% loko ohne Faß 23 19/24 ⅝ bz., Juli, Juli August 24 B., Aug.-Sept. 23⅝, 13/24 ½ bz u. G., Sept.-Okt. 20 7/12 11/24 bz., Okt.-Novbr 18 7/12 B, Frühjahr 18½ B. — Angemeldet: 2000 Ctr. Weizen, 4000 Ctr. Roggen, 1200 Ctr. Hafer. — Regulirungspreise: Weizen 80⅛ Rt., Roggen 79¾ Rt., Hafer 46 Rt., Spiritus 24 Rt. — Petroleum loko 6 1/12 bz. u. B., Sept.-Okt 6 1/12 B.

(Ostf.-Ztg.)

Breslau, 17. Juli. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Roggen (p. 1000 Kilo) niedriger pr Juli 56¾ 57–56¾ bz u. G. Juli-August 54½–¼ bz., Aug.-Sept. —, Sept.-Okt. 53–52¾ bz u. B., Okt.-Nov 52⅜ ¼ bz., Nov.-Dez. 51⅝–½ bz, April-Mai 1873 52 B — Weizen per 1000 Kilo per Juli 85 B. — Gerste per 1000 Kilo per Juli 49½ G. — Hafer per 1000 Kilo per Juli 44½ B. — Raps per 1000 Kilo per Juli 104 G. — Lupinen —. Rapskuchen —. Leinkuchen —. — Rüböl per 100 Kilo behauptet, loko 24½ B., pr Juli 24¼ B. Juli-August und August-Sept 24¼ B., Sept.-Okt. 24–23 11/12 bz., 24 B., Okt.-Nov. u Nov.-Dez. 24 B., April-Mai 1873 24¼ B. — Spiritus pr. 100 Liter à 100% nahe Termine matter, loko 24 B., 23¾ G., pr Juli 23⅝ B. Juli-August 23½ G. u. B., August-Sept. 22⅝ bz u. B., Sept.-Okt. 20 B., Okt.-Nov. 18 1/12 bz. u. B., Nov.-Dez. 17⅝ B u. G., April-Mai 1873 17⅝ B. — Zink ohne Umsatz.

Die Börsen-Kommission.

Breslau, den 17 Juli.

Preise der Cerealien.

In Thlr., Sgr. und Pf. pro 100 Kilogramms.

Festsetzungen der polizeil. Kommission.	feine Thlr.	Sgr.	Pf.	mittle Thlr.	Sgr.	Pf.	ord. Waare. Thlr.	Sgr.	Pf.
Weizen w.	8	25	—	8	10	—	7	12	—
do. g.	8	10	—	8	—	—	7	8	—
Roggen	5	24	—	5	15	—	5	5	—
Gerste	5	—	—	4	25	—	4	20	—
Hafer	4	20	—	4	14	—	4	8	—
Erbsen	5	10	—	4	20	—	4	—	—

Raps 10 Thlr. 7½ Sgr 9 Thlr. 27½ Sgr. 9 Thlr. 7½ Sgr.
Winterrübsen 10 Thlr. — Sgr. 9 Thlr. 20 Sgr. 9 Thlr. 5 Sgr.

(Bresl Hdls.-Bl.)

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.